

Glismann, Hans H.; Schrader, Klaus

**Working Paper**

## Alternative Systeme der Arbeitslosenversicherung: das Beispiel der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs

Kiel Working Paper, No. 1032

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Glismann, Hans H.; Schrader, Klaus (2001) : Alternative Systeme der Arbeitslosenversicherung: das Beispiel der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, Kiel Working Paper, No. 1032, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2561>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**Institut für Weltwirtschaft**  
Düsternbrooker Weg 120  
24105 Kiel

**Kieler Arbeitspapier Nr. 1032**

**Alternative Systeme  
der Arbeitslosenversicherung**  
– **Das Beispiel der Vereinigten Staaten und des  
Vereinigten Königreichs** –

**von**

**Hans H. Glismann und Klaus Schrader**

März 2001

*Für den Inhalt der Kieler Arbeitspapiere sind die Autoren verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an die Autoren zu wenden und etwaige Zitate mit ihnen abzustimmen.*

# **Alternative Systeme der Arbeitslosenversicherung**

Zusammenfassung:

Im Rahmen eines Vergleichs der amerikanischen und britischen Systeme der Arbeitslosenversicherung wird gezeigt, daß das amerikanische System, auch anders als das deutsche, eine negative Rückkopplung zwischen den Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und der Höhe der Freisetzung von Arbeitskräften aufweist („experience rating“). Im Vereinigten Königreich gibt es keine Arbeitslosenversicherung im herkömmlichen Sinne: Die Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit erfolgt durch die „National Insurance“, die das gesamte System der sozialen Sicherung (einschließlich Gesundheitswesen und Alterssicherung) abdeckt. Als bemerkenswert wird herausgestellt, daß anders als etwa die vergleichbaren Analysen der deutschen Arbeitslosenversicherung — die sich vorwiegend mit der Angebotsseite des Arbeitsmarktes befassen — die amerikanische Literatur zu einem großen Teil an der Nachfrage nach Arbeit ansetzt.

Abstract:

Comparing the unemployment insurance systems of the United States and of the United Kingdom it is shown that the US unemployment insurance (UI) is the only system that provides for a negative feedback between UI expenditures and layoffs (“experience rating”). The UK has no specific UI: Unemployment benefits are paid by the “National Insurance” which also covers other elements of social security, such as health care and retirement payments. Focussing therefore on the US literature it turns out that a major part deals with the demand side of the labour market, whereas the German literature rather concentrates on the supply side.

Schlagworte: Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung, Deutschland,  
Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich

JEL Klassifikation: J64, J65

Dr. Hans H. Glismann  
Institut für Weltwirtschaft  
24100 Kiel  
Telefon: +49/431/8814-247  
Fax: +49/431/8 58 53

Dr. Klaus Schrader  
Institut für Weltwirtschaft  
24100 Kiel  
Telefon: +49/431/8814-280  
Fax: +49/431/8 58 53  
E-mail: KSchrader@ifw.uni-kiel.de

# Inhalt

I.	Einleitung .....	1
II.	Die Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich .....	3
	1. Das amerikanische System .....	3
	2. Das System des Vereinigten Königreichs .....	11
	3. Einige Merkmalsunterschiede zwischen dem amerikanischen, dem britischen und dem deutschen System der Arbeitslosenversicherung ....	12
	4. Überlegungen zur Effizienz der untersuchten Regelwerke .....	15
III.	Die ökonomischen Wirkungen der amerikanischen Arbeitslosenversicherung — eine Literaturanalyse .....	16
	1. Vorbemerkungen .....	16
	2. Die empirische Literatur .....	17
	a. Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosigkeit .....	17
	b. Höhe des Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosigkeit .....	18
	c. Versicherungsprämien und Arbeitslosigkeit .....	19
	d. Die Rolle von Quersubventionen zwischen Unternehmen im „experience rating“ .....	21
	e. Sonstige Aspekte .....	22
	3. Modellanalysen und Theorien .....	22
IV.	Zum Erkenntniswert der behandelten Literatur .....	24
	Literaturverzeichnis .....	48

## **Verzeichnis der Tabelle und Übersichten**

Tabelle 1	– Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in ausgewählten Industrieländern: ausgewählte Jahre .....	2
Tabelle 2	– Die Beiträge der Unternehmen zur Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten nach Bundesstaaten im Jahr 2000 .....	8
Übersicht 1	– Zu den gegenwärtigen Systemen der Arbeitslosenversicherung im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten .....	5
Übersicht A1	– Ausgewählte Literatur zur Wirkungsweise der Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten .....	27

## **I. Einleitung**

Die Analyse der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur über die institutionelle Gestaltung und über die ökonomischen Wirkungen der deutschen Arbeitslosenversicherung hat gezeigt, daß dieses Regelsystem nicht dazu beitragen kann, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Die zahlreichen Reformvorschläge, die als Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit mit dem herrschenden System angesehen werden können, sind jedoch durchweg wenig radikal. Es finden sich kaum Reformvorschläge, die in der Arbeitslosenversicherung ein wirksames Instrument zur Vermeidung und zum Abbau von Arbeitslosigkeit sehen. Denn dies würde auf eine Entstaatlichung der Arbeitslosenversicherung hinauslaufen, da aus einem Instrument der Verteilungspolitik ein Element individueller Risikoversicherung würde. Häufig werden „versicherungstheoretische“ Bedenken gegen einen solchen tiefgreifenden Systemwechsel vorgetragen, die sich allerdings bei näherer Betrachtung als fragwürdig herausstellten (Glismann, Schrader 2000).

Vergleichbare Probleme der Arbeitslosigkeit und ihrer Versicherung gibt es auch in anderen Ländern (Tabelle 1), wenn auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit einen unterschiedlichen Verlauf nahm. In Deutschland ist seit 1970 ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen; ähnliches ist für die gesamte Europäische Union (EU) zu beobachten, nur daß die Sockelarbeitslosigkeit in der EU in diesem ersten vergleichbaren Jahr viermal höher war. Diese in Europa vorherrschenden Entwicklungen sind offenbar nicht auf weltwirtschaftliche Störungen zurückzuführen oder auf den Strukturwandel, der in den letzten Jahren mit dem Begriff „New Economy“ umschrieben wurde. Denn die Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten hatte einen ganz anderen Verlauf; seit den achtziger Jahren steigt die Erwerbstätigkeit dort stark an, stärker noch,

als es in dem Rückgang der Arbeitslosenquote allein zum Ausdruck kommt (Kleinert et al. 2000: 172 ff.). Die Ursachen der über viele Jahre steigenden Arbeitslosigkeit sind daher zunächst in den EU-Ländern selbst zu suchen. Hier wäre insbesondere nach der Verfassung der Arbeitsmärkte zu fragen; dazu zählt nicht zuletzt die Art und Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung.

Tabelle 1 — Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in ausgewählten Industrieländern: ausgewählte Jahre<sup>a</sup>

	Deutschland <sup>b</sup>		Vereinigte Staaten		Vereinigtes Königreich		EU <sup>c</sup>	
	I	II	I	II	I	II	I	II
1960	1,0	n.v.	5,6	5,5	1,4	n.v.	n.v.	n.v.
1965	0,6	n.v.	4,5	4,5	1,3	n.v.	n.v.	n.v.
1970	0,6	n.v.	5,0	4,9	2,4	n.v.	2,3	n.v.
1975	4,0	n.v.	8,5	8,5	3,6	n.v.	3,8	n.v.
1980	3,2	2,6	7,2	7,1	6,1	n.v.	5,6	n.v.
1985	8,8	7,2	7,2	7,2	11,6	11,5	10,2	n.v.
1990	6,2	4,8	5,6	5,6	5,9	7,1	7,8	8,1
1991	(7,3)	5,6	6,8	6,8	8,2	8,9	8,1	8,4
1995	9,4	8,2	5,6	5,6	8,6	8,7	10,7	10,7
1999	10,2	8,8	4,2	4,2	5,9	6,1	9,2	9,2

<sup>a</sup> I = nationale Arbeitslosenquote nach OECD in vH; II = standardisierte Arbeitslosenquote der OECD in vH. — <sup>b</sup> Bei 1990: Westdeutschland; ab 1991: Gesamtdeutschland, Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen nach der BA; nur für 1991 bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — <sup>c</sup> EU in der bis 2001 gültigen Zusammensetzung.

Quelle: OECD (2000): OECD Economic Outlook on CD-ROM; BA (2000): Arbeitsstatistik 1999 – Jahreszahlen.

Angesichts der positiven Arbeitsmarktentwicklung in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich soll im folgenden die wirtschaftswissenschaftliche Literatur über die amerikanische und britische Arbeitslosenversicherung daraufhin analysiert werden,

- wie ihre institutionellen Regeln sind. Hierbei geht es vor allem um die Höhe und die Determinanten der Versicherungsprämien und auch der Arbeitslosenunterstützung;
- welche Auswirkungen die jeweiligen Arbeitslosenversicherungen gegebenenfalls auf das Ausmaß der Arbeitslosigkeit hatten;
- ob es gewichtige Vorschläge zur Effizienzverbesserung des jeweils herrschenden Systems gegeben hat.

Dabei wird der Schwerpunkt der Analyse auf der amerikanischen Arbeitslosenversicherung und der zugehörigen empirischen Literatur liegen, weniger auf dem System des Vereinigten Königreichs. Dies liegt daran, daß es in den Vereinigten Staaten viele Bundesstaaten mit unterschiedlichen Beitrags- und Unterstützungsmodalitäten gibt, so daß die Vereinigte Staaten sich statistisch als „natürliches Experiment“ besser eignen als jedes andere Land. Überdies ist im Vereinigten Königreich die empirische Wirkungsanalyse dadurch erschwert, daß die Arbeitslosenversicherung hier in bezug auf die Beitragssätze nicht vom Gesamtsystem der Sozialversicherung („National Insurance“) abgrenzbar ist.

## **II. Die Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich**

### **1. Das amerikanische System**

In den Vereinigten Staaten gibt es keinen Kündigungsschutz wie in Deutschland (Blank 1994: 161 ff.). Im Regelfall gelten die individuellen arbeitsvertraglichen Vereinbarungen über die Dauer der Beschäftigung. Die finanzielle Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit — das für alle Arbeitnehmer betrachtet in den Vereinigte Staaten heute weniger als halb so hoch ist wie in Deutschland —



erfolgt auf der Basis eines Bundesgesetzes aus dem Jahre 1935 (Legal Information Institute 2000). Dieses Gesetz verpflichtete alle Bundesstaaten, eine Arbeitslosenversicherung einzurichten und gab bezüglich der Ausgestaltung dieser Versicherung jedem Staat weitgehende Freiheit (New York State Department of Labor 1990: 4 f.).

Gemessen an den Leistungen der deutschen Arbeitslosenversicherung sind diejenigen in den amerikanischen Bundesstaaten eher als gering zu bezeichnen (Übersicht 1): Heute wird meist 50 vH eines Referenzlohns für eine Zeit von maximal 26 Wochen gezahlt. Eine Arbeitslosenhilfe, die im Anschluß an das Arbeitslosengeld gezahlt wird, gibt es nicht.

Die Finanzierung der Zahlungen an Arbeitslose liegt bei den Unternehmen: Sie zahlen an den jeweiligen Bundesstaat einen Anteil ( 6,2 vH) an der beststeuerbaren Lohnsumme<sup>1</sup>, die „Federal Unemployment Tax“ (FUTA). Von diesen 6,2 vH fließen 0.8 Prozentpunkte — das sind zur Zeit 56 US-\$ pro Arbeitnehmer — an die Bundesregierung als pauschalierter Beitrag zu den Verwaltungskosten. Die restlichen 5,4 Prozentpunkte sind hypothetischer Natur: Jeder Bundesstaat legt seine Regeln zum Arbeitslosengeld selbständig fest; das gilt für die Beitragssätze, für die Bemessungsgrundlage (vgl. Tabelle 2), für die Höhe des Arbeitslosengeldes, für die Dauer der Zahlungen (vgl. hierzu auch Woodbury

---

<sup>1</sup> Der „Federal Unemployment Tax Act“ legt in seiner gegenwärtigen Fassung pro Arbeitnehmer eine Bemessungsgrenze von 7000 US-\$ fest.

Übersicht 1— Zu den gegenwärtigen Systemen der Arbeitslosenversicherung im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten

	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
Ziel	Befristete Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit während der Arbeitssuche entsprechend den Bedingungen eines Rahmenprogramms des Bundes und deren jeweiliger Ausgestaltung durch die einzelnen Bundesstaaten.	Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit und Anreize zur aktiven und ständigen Arbeitssuche
Anspruchsberechtigte	Arbeitslose, die unverschuldet arbeitslos geworden, arbeitsfähig und für eine Arbeit verfügbar sind und sich aktiv um Arbeit bemühen. Sie müssen innerhalb eines „Basiszeitraums“ (in der Regel die ersten vier der fünf letzten vollständigen Kalenderquartale vor Beginn der Arbeitslosigkeit) ein vorgegebenes Mindesteinkommen erzielt oder eine Mindestzeit gearbeitet haben. Die konkreten Anspruchsvoraussetzungen legen die einzelnen Bundesstaaten fest.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Arbeitslose, die in den letzten beiden vollen Steuerjahren vor Antragstellung „ausreichende“ Sozialversicherungsbeiträge gezahlt oder angerechnet bekommen haben, können einen persönlichen beitragsbezogenen „Zuschuß für Arbeitslose“ (Jobseeker’s Allowance = JSA) erhalten. Es gibt keinen gesonderten Arbeitslosenversicherungsbeitrag, sondern nur einen allgemeinen Sozialversicherungsbeitrag, dessen Höhe von der Einkommensklasse und vom persönlichen und arbeitsrechtlichen Status des Beitragspflichtigen abhängt. Der Arbeitslose muß für Maßnahmen der Arbeitsverwaltung ständig verfügbar sein: Er muß im Normalfall jederzeit eine 40 Wochenstunden umfassende Tätigkeit aufnehmen können, einen Arbeitssuchevertrag mit der Arbeitsverwaltung abschließen und pro Woche mindestens zwei Aktivitäten im Rahmen der Arbeitssuche nachweisen.</li> <li>2. Arbeitslose, die keinen Anspruch auf einen beitragsbezogenen Zuschuß haben oder mit einem solchen nur teilweise ihren Lebensbedarf decken können, erhalten einen einkommensbezogenen Zuschuß, der weitere Unterstützungszahlungen einschließt (Zahlung von Hypothekenzinsen, Prämien bei Behinderung, Mietbeihilfe, Gemeindesteuerbeihilfe).</li> </ol>

## noch Übersicht 1

	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
Finanzierung	<p>In allen Bundesstaaten müssen die Arbeitgeber eine „Bundesarbeitslosigkeitssteuer“ in Form einer Lohnsummensteuer entrichten, deren Höhe auf Bundesebene festgelegt ist und im Regelfall mit dem Entlassungsverhalten der Arbeitgeber variiert („experience rating“).</p> <p>Die Höhe der Steuer beträgt derzeit (bis zum Jahre 2007) 6,2 vH der gesamten Lohnsumme, wobei pro Kopf maximal 7000 US-\$ in die Bemessungsgrundlage eingehen. Von diesen 6,2 vH auf 7000 US-\$ gehen 0,8 Prozentpunkte an die Bundesregierung. Der Rest ist von den Staaten in beide Richtungen beeinflussbar und fließt in staatliche Arbeitslosigkeits-Fonds: Die Bundesstaaten wenden alle ein Bonus/Malus-System („experience rating“) an, bei dem zwischen 0 vH (z.B. Colorado) — falls ein Unternehmen in der Referezperiode keine Entlassungen vornahm — und 10,0 vH (Tennessee) der Lohnsumme — falls ein Unternehmen extensiv entlassen hat — zu zahlen sind. Dabei sind auch die Bemessungsgrenzen von Staat zu Staat unterschiedlich (von 7000 US-\$ bis 24800 US-\$).</p>	<p>Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung erfolgt im Rahmen der „National Insurance Contributions“; letztere finanzieren gleichzeitig auch die Ausgaben für die Alterssicherung und für das Gesundheitswesen. Beitragspflichtig sind Arbeitnehmer und Selbständige ohne Arbeitnehmer.</p>
Leistungsumfang	<p>Arbeitslosenunterstützung wird in den meisten Bundesstaaten über einen Zeitraum von höchstens 26 Wochen gezahlt; nur in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit kann die Bezugsdauer, je nach Bundesstaat, um 13-20 Wochen verlängert werden. Die Höhe beträgt 50 vH eines Referenzbruttolohns bis zu einem vorgegebenen Höchstbetrag.</p>	<p>1. Der beitragsabhängige JSA-Zuschuß entspricht der Höhe der Sozialhilfe (Stand 1999/2000: £ 51,40 wöchentlich für mindestens 25 Jahre alte Alleinstehende, £ 80,65 für Ehepaare mit beiden Partnern mindestens 18 Jahre alt). Dieser wird nach einer Wartezeit von drei Tagen bis zu 182 Tage lang gezahlt, ohne daß Kapitaleinkünfte oder Einkünfte des Partners angerechnet werden; der Zuschuß ist zu versteuern.</p>

## noch Übersicht 1

	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
		2. Der einkommensabhängige JSA-Zuschuß entspricht ebenfalls dem Sozialhilfeniveau und kann, je nach Bedürftigkeit, Zusatzleistungen (s.o.) und Zahlungen für Familienangehörige umfassen. Vermögen und sonstige Einkünfte des Arbeitslosen werden ebenso angerechnet wie Einkommen des Partners. Die Zahlungen sind nicht befristet, der personenbezogene Zuschuß ist zu versteuern.
Sanktionen	Der Arbeitslose hat gegenüber der Arbeitsverwaltung in den einzelnen Bundesstaaten Melde- und Auskunftspflichten. Wenn er diesen nicht genügt, verliert er die Unterstützung. Dies ist auch dann der Fall, wenn er die allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen nicht länger erfüllt.	Arbeitslose, die ihre Arbeitslosigkeit mutwillig herbeiführen oder verlängern, verlieren für bis zu 26 Wochen ihren Leistungsanspruch. Bei unkooperativen Verhalten gegenüber der Arbeitsverwaltung droht ein zweiwöchiger Leistungsentzug, der im Wiederholungsfall innerhalb einer Jahresfrist vier Wochen andauert.

Quelle: ERSEP 1999. — Kleinert u.a. 2000:164. — Informationen des DfEE/Employment Service (UK) vom 08.09.2000. — OECD 1997, 1999: 13 ff. — Informationen des DoL (USA) vom 29.08.2000.— New York State DoL (1990). — Legal Information Institute (2000). — Eigene Zusammenstellung.

Tabelle 2 — Die Beiträge der Unternehmen zur Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten nach Bundesstaaten im Jahr 2000

Bundesstaat	Obergrenze für den besteuerten Lohn (US-\$ pro Jahr)	Beitragssätze (in vH der Bemessungsgrundlage <sup>a</sup> )		Beitrag je Beschäftigten (US-\$ pro Jahr <sup>b</sup> )	
		Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
Alabama	8.000,-	0,35	5,50	28,-	440,-
Alaska	24.800,-	1,54	5,94	382,-	1.473,-
Arizona	7.000,-	0,05	5,40	4,-	378,-
Arkansas	9.000,-	0,50	6,40	45,-	576,-
California	7.000,-	0,70	5,40	49,-	378,-
Colorado	10.000,-	0,00	5,62	0,-	562,-
Connecticut	15.000,-	0,50	5,40	75,-	810,-
Delaware	8.500,-	0,40	8,30	34,-	706,-
Florida	7.000,-	0,00	5,40	0,-	378,-
Georgia	8.500,-	0,00	5,40	0,-	459,-
Hawaii	27.500,-	0,00	5,40	0,-	1485,-
Idaho	24.500,-	0,20	5,40	49,-	1.323,-
Illinois	9.000,-	0,60	6,80	54,-	612,-
Indiana	7.000,-	0,20	5,50	14,-	385,-
Iowa	17.300,-	0,00	7,50	0,-	1.298,-
Kansas	8.000,-	0,02	7,40	2,-	592,-
Kentucky	8.000,-	0,08	8,25	7,-	660,-
Louisiana	7.000,-	0,16	6,20	11,-	434,-
Maine	12.000,-	1,25	5,81	150,-	697,-
Maryland	8.500,-	0,30	7,50	26,-	638,-
Massachusetts	10.800,-	1,33	7,23	143,-	780,-
Michigan	9.500,-	0,10	8,10	10,-	770,-
Minnesota	19.000,-	0,20	9,10	38,-	1.729,-
Mississippi	7.000,-	0,70	5,40	49,-	378,-
Missouri	7.500,-	0,00	6,00	0,-	450,-
Montana	17.700,-	0,00	9,55	0,-	1.690,-
Nebraska	7.000,-	0,05	5,40	4,-	378,-
Nevada	19.600,-	0,30	5,40	59,-	1.058,-
New Hampshire	8.000,-	0,01	6,50	1,-	520,-
New Jersey	21.200,-	3,00	5,40	636,-	1.145,-
New Mexico	14.800,-	0,01	5,40	1,-	799,-

noch Tabelle 2

Bundesstaat	Obergrenze für den steuerbaren Lohn (US-\$ pro Jahr)	Beitragsätze (in vH der Bemessungsgrundlage <sup>a</sup> )		Beitrag je Beschäftigten (US-\$ pro Jahr <sup>b</sup> )	
		Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
New York	8.500,-	0,60	8,30	51,-	706,-
North Carolina	13.900,-	0,00	5,70	0,-	792,-
North Dakota	16.100,-	0,49	6,49	79,-	1.045,-
Ohio	9.000,-	0,00	8,00	0,-	720,-
Oklahoma	9.800,-	0,00	5,40	0,-	529,-
Oregon	23.000,-	1,00	5,40	23,-	124,-
Pennsylvania	8.000,-	1,48	9,07	118,-	726,-
Rhode Island	12.000,-	1,71	9,81	205,-	1.177,-
South Carolina	7.000,-	0,54	5,40	38,-	378,-
South Dakota	7.000,-	0,00	7,00	0,-	490,-
Tennessee	7.000,-	0,00	10,00	0,-	700,-
Texas	9.000,-	0,27	6,27	24,-	564,-
Utah	20.200,-	0,17	8,00	34,-	1.616,-
Vermont	8.000,-	0,60	5,90	48,-	472,-
Virginia	8.000,-	0,00	5,40	0,-	432,-
Washington	24.300,-	0,47	5,40	114,-	1.312,-
Washington DC	9.000,-	1,60	7,00	144,-	630,-
West Virginia	8.000,-	1,50	8,50	120,-	680,-
Wisconsin	10.500,-	1,50	8,50	158,-	893,-
Wyoming	13.600,-	0,27	8,78	37,-	1.194,-
<i>Bund (FUTA)<sup>c</sup></i>	<i>7.000,-</i>	<i>6,20</i>		<i>434,-</i>	

<sup>a</sup> In vH der Summe der steuerbaren Löhne. — <sup>b</sup> Auf Jahresbasis; gerundet. — <sup>c</sup> Federal Unemployment Tax. Vgl. auch die Erläuterungen im Text.

Quelle: <http://workforcesecurity.doleta.gov/unemploy/statetax.asp>. — Eigene Berechnungen und Zusammenstellungen.

und Rubin 1997, insbesondere S. 231 ff.) und, nicht zuletzt, für die Berechtigung, Arbeitslosengeld zu beziehen („eligibility“).

Das amerikanische System der Arbeitslosenversicherung ist durch Rückkopplung gekennzeichnet: Arbeitgeber werden steuerlich belohnt (bestraft), wenn sie relativ selten (häufig) Entlassungen vornehmen. Die Belohnung drückt sich in

einer faktischen Steuersenkung aus, die von Staat zu Staat unterschiedlich hoch ist: Die oben genannten 5,4 Prozentpunkte an Arbeitslosensteuer können zu Steuergutschriften verwendet werden, in manchen Staaten sogar zu 100 vH (z.B. Colorado, Florida, Georgia, Hawaii, vgl. noch Tabelle 2); in diesen Staaten beträgt die auf andere Steuern anrechenbare Gutschrift also 378 US-\$ je Beschäftigten (5,4 vH von 7000 US-\$)<sup>2</sup>. Unternehmen, die ihre wirtschaftlichen Probleme in hohem Maße durch Entlassungen lösen, können zu Arbeitslosigkeitssteuern herangezogen werden, die zu einer Gesamtbelastung von mehr als 6,2 vH auf 7000 US-\$ führen: In Montana zum Beispiel liegt die Höchstbelastung durch die Arbeitslosensteuer bei 1690,35 US-\$ je Beschäftigten (zuzüglich der oben genannten 56 US-\$ Verwaltungspauschale). Offenbar ist das amerikanische System der Arbeitslosenversicherung im Bereich der positiven Anreize begrenzt — nämlich auf 378 US-\$ je Beschäftigten an jährlicher Steuergutschrift —, im Bereich der negativen Anreize jedoch nicht: Es gibt keine bundesgesetzliche Grenze für das Ausmaß der steuerlichen Sanktionen.

Auf der Leistungsseite ist das Bild weniger heterogen: In allen Bundesstaaten wird regelmäßig 50 vH des Einkommens an Arbeitslosengeld gezahlt, das ein Arbeitnehmer in den letzten 52 Wochen vor der Arbeitslosigkeit erzielt hat; die Staaten unterscheiden sich allerdings in der Festlegung der Höhe des maximal anrechenbaren Einkommens. Das Arbeitslosengeld wird im Regelfall über höchstens 26 Wochen gewährt (zu weiteren Details vgl. Übersicht 1).

---

<sup>2</sup> In einem Staat wie Louisiana beträgt die maximale Steuergutschrift 366,80 US-\$ (denn der Mindestsatz der Arbeitslosensteuer ist dort 0,16 vH von 7000 US-\$; vgl. Tabelle 2).

## 2. Das System des Vereinigten Königreichs

Im Vereinigten Königreich gibt es keine Arbeitslosenversicherung im herkömmlichen Sinne. Die Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit erfolgt im Rahmen vom Beitragen zur Nationalversicherung („National Insurance“, NI). Diese Nationalversicherung trägt zur Finanzierung nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der Alterssicherung und der Kosten des Gesundheitswesens bei. Da es keine institutionelle Bindung an einzelne Leistungsarten gibt, ist eine Effizienzanalyse und damit auch eine effizienzgesteuerte kontrollierte Verbesserung der Leistungsfähigkeit der NI grundsätzlich nicht möglich: Es handelt sich um einen kollektivistischen Lösungsansatz.

Beitragspflichtig sind im Vereinigten Königreich nicht nur abhängig Beschäftigte, wie etwa in Deutschland, sondern auch Selbständige ohne Arbeitnehmer („self-employed“). Die Beiträge zur NI werden nach sechs Klassen erhoben, die in 4 Klassen eingeteilt sind, je nachdem ob der Zahlungspflichtige angestellt, selbständig ohne Mitarbeiter, ohne Arbeit, oder Arbeitgeber ist.<sup>3</sup> In allen vier beziehungsweise sechs Klassen handelt es sich prinzipiell um festgelegte Pro-Kopf-Beiträge; Klasse 3 spielt für die Absicherung der Arbeitslosen keine Rolle; sie beschreibt freiwillige Zahlungen zum Schutz von Rentenansprüchen. Je nach „Status“ des Zahlungspflichtigen — es handelt sich dabei um eine Mischung aus persönlichen und arbeitsrechtlichen Kriterien — kann ein Beitragszahler nach mehr als einer (von den sechs) Klassen beitragspflichtig sein.

---

<sup>3</sup> Klasse 1 (Pay As You Earn scheme: PAYE) enthält zwei zusätzliche Klassen, nämlich 1A und 1B, die selbständig neben Klasse 1 bestehen; z.B. handelt es sich bei Klasse 1A um (absolute) Beiträge der Arbeitgeber, die anhand der Zahl derjenigen Kraftfahrzeuge (und des Treibstoffverbrauchs) ermittelt werden, welche die Firma den Arbeitnehmern zum privaten Gebrauch zur Verfügung stellt (vgl. etwa Business Matters 2000).



Jeder Beitrag zur NI wird anhand eines Beitrags-Tabellen-Buchstabens („Contribution Table Letter“) festgelegt; dabei gibt es acht Buchstaben (plus drei weitere für Seeleute). Die Buchstaben diskriminieren danach, ob der normale Beitrag zu zahlen ist oder ein reduzierter (z.B. für verheiratete Frauen oder für Witwen) und ob eine Freistellung vom staatlichen einkommensbezogenen Rentensystem (State Earnings Related Pension Scheme“, SERPS) vorliegt.

Auf der Leistungsseite erhalten alle Arbeitslosen ein Einkommen, das ungefähr der britischen Sozialhilfe entspricht. Die Arbeitslosen mit gültigem Anspruch auf Arbeitslosengeld können dieses ein halbes Jahr lang beziehen, unabhängig von sonstigen (Familien-)Einkünften. Die übrigen Arbeitslosen erhalten einen Einkommenstransfer, der die gleiche Höhe hat, aber zeitlich nicht begrenzt ist; im Unterschied zum vorgenannten Arbeitslosengeld werden hier jedoch sonstige (Familien-)Einkünfte angerechnet.

### **3. Einige Merkmalsunterschiede zwischen dem amerikanischen, dem britischen und dem deutschen System der Arbeitslosenversicherung**

Die auffälligsten Unterschiede im System der Arbeitslosenversicherung der drei Länder bestehen auf der Einnahmenseite. Dies gilt vor allem für

- das *Prinzip der Rückkopplung*, das im „experience rating“ der Vereinigten Staaten angelegt ist: Arbeitgeber werden steuerlich belohnt/bestraft, wenn sie das Instrument der Entlassung wenig/häufig nutzen. Eine vergleichbare Rückkoppelung, die auf eine Vermeidung von Arbeitslosigkeit abzielt, findet sich weder in der britischen noch in der deutschen Ausgestaltung der Einnahmenseite der Arbeitslosenversicherung;

- die *Identität des Schuldners*: In den Vereinigte Staaten ist der Arbeitgeber Schuldner, im Vereinigten Königreich und Deutschland sind sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer abgabepflichtig (wobei die Aufteilung im Vereinigten Königreich sehr viel komplizierter, d.h. nicht so leicht generalisierbar ist wie in Deutschland).
- die *Bemessungsgrundlage*: in allen drei Ländern gibt es Einkommensobergrenzen je Arbeitnehmer bis zu denen die Abgabepflicht greift. Auffällig ist, daß diese Obergrenzen in den Einzelstaaten der Vereinigte Staaten durchweg deutlich unter derjenigen des Vereinigten Königreichs und Deutschlands liegen. Letztlich ist dies mehr als nur ein quantitativer Unterschied, denn er bedeutet, daß in den Vereinigte Staaten praktisch für jeden Arbeitnehmer der maximale (unternehmensspezifische<sup>4</sup>) Beitrag fällig wird;
- die *Zurechenbarkeit von Beiträgen* zur Arbeitslosenversicherung: Das britische System ist als einziges der drei dadurch gekennzeichnet, daß es keine spezifischen Abgaben für die Arbeitslosenversicherung kennt. Vielmehr bedeutet die Zusammenfassung aller Sozialabgaben zu den Beiträgen zur Nationalversicherung, daß eine ökonomische Analyse auf der Basis der Einnahmen für keine Art der „Nationalversicherung“ möglich ist.

Doch auch auf der Ausgabenseite sind die Unterschiede zwischen den drei Ländern bemerkenswert:

- Die maximale reguläre *Dauer* der Arbeitslosengeldzahlungen ist in Deutschland rund fünfmal so hoch wie in den Vereinigten Staaten oder im

---

<sup>4</sup> Das „experience rating“ gilt nur in bezug auf die Beitragssätze, nicht in bezug auf die — in jedem Bundesstaat einheitliche — Höhe der Bemessungsgrundlage. Das bedeutet, daß jedes Unternehmen eines Bundesstaates für alle Firmenmitarbeiter faktisch einen einheitlichen maximalen Beitrag (in US-\$) leistet, der als Produkt aus unternehmensspezifischen Beitragssatz und bundesstaatlich einheitlicher Bemessungsgrundlage errechnet wird.

Vereinigten Königreich. Was die Arbeitslosenhilfe anlangt, so gibt es sie in den Vereinigte Staaten nicht, wohl aber in Deutschland und im Vereinigten Königreich und in beiden Ländern grundsätzlich ohne zeitliche Begrenzung.

- Bei der *Höhe* des Arbeitslosengeldes muß zwischen den Komponenten „Bemessungsgrundlage“ und „Leistungssatz“ unterschieden werden, freilich nur im Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland: Das britische System ist mit dem Pauschbeitrag („flat rate“) je Arbeitslosen als grundverschieden von den Arbeitslosenversicherungen der anderen beiden Länder anzusehen. Bemessungsgrundlage ist in den Vereinigte Staaten im wesentlichen ein Bruttolohn (mit Obergrenze) und in Deutschland ein Nettolohn (mit Obergrenze). Die Leistungssätze unterscheiden sich deutlich, vor allem durch die — positive — Berücksichtigung des Familienstandes in Deutschland.

Insgesamt gesehen ist das Niveau des Arbeitslosengeldes im Vereinigten Königreich deutlich niedriger als in den beiden anderen Ländern, es geht kaum über das durch die Sozialhilfe definierte Existenzminimum hinaus.

- Die *Zugangsvoraussetzungen* ähneln sich in allen drei Ländern, wobei für die Vereinigte Staaten anzumerken ist, daß die „eligibility“ auf der Ebene der Bundesstaaten festgelegt wird und daher (s.u.) nicht unbedeutende Unterschiede zwischen diesen aufweist. Im Vereinigten Königreich ist die Notwendigkeit für die doch sehr spezifizierten Voraussetzungen (vgl. noch Übersicht 1: Anspruchsberechtigte) etwas unklar, da die Höhe der Leistungen ohnehin nur in der Nähe des Sozialhilfeniveaus liegt.

#### 4. Überlegungen zur Effizienz der untersuchten Regelwerke

Eine Regelwerk kann als effizient angesehen werden, wenn es ein vorgegebenes Ziel mit einem Minimum an direkten und indirekten Kosten zu erreichen hilft. Im hier untersuchten Zusammenhang ist das Ziel die vorübergehende einkommensmäßige Absicherung von Arbeitnehmern im Falle Arbeitslosigkeit. Die dabei entstehenden direkten Kosten sind diejenigen der Einkommenstransfers für die Arbeitslosen und die Verwaltungskosten; indirekte Kosten dieser Einkommenssicherung entstehen dadurch, daß aufgrund des Bestehens der Einkommenssicherung die Summe der Einkommenstransfers steigt („moral hazard“).

Unter diesem Aspekt der Effizienz der Arbeitslosenversicherung scheint das amerikanische System das überlegene zu sein: Auf der Einnahmenseite sorgt die Rückkopplung dafür, daß die Arbeitgeber die Kosten der ihnen zurechenbaren Arbeitslosigkeit nicht auf alle Beitragszahler überwälzen können. Einen ähnlichen Anreiz zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit kennen die beiden anderen Systeme nicht, bei denen zudem nicht — wie in den Vereinigte Staaten — der Arbeitgeber allein zahlungspflichtig ist. Von der Ausgabenseite her gesehen ist die Klassifizierung schwieriger; hier kann immerhin vermutet werden, daß das deutsche System das ineffizienteste ist: Es verlangt die höchsten Beiträge und seine Leistungen erfolgen über einen vergleichsweise langen Zeitraum. Das britische System zahlt am wenigsten an die Arbeitslosen und setzt zudem die Arbeitslosen den relativ stärksten Pressionen durch Behörden aus (Kleinert et al. 2000: 164); gleichzeitig gewährt es, wie das deutsche und anders als das amerikanische System, den Arbeitslosen quasi einen ewigen Zahlungsanspruch.

Insgesamt gesehen entspricht das amerikanische System am ehesten dem, was eine privat organisierte Arbeitslosenversicherung wohl leisten würde: Es ist vergleichsweise kostengünstig, nicht zuletzt aufgrund der Anreize, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dies zumindest ist der Eindruck den ein Vergleich der Regeln zur Arbeitslosenversicherung vermittelt. Es stellt sich die Frage, ob die empirischen Analysen des amerikanischen Systems zu vergleichbaren Bewertungen kommen.

### **III. Die ökonomischen Wirkungen der amerikanischen Arbeitslosenversicherung — eine Literaturanalyse**

#### **1. Vorbemerkungen**

Die empirischen Analysen zur Wirkungsweise der Arbeitslosenversicherung unterscheiden sich in den Vereinigten Staaten fundamental von den Analysen des deutschen Systems (Glismann, Schrader 2000). Da die einzelnen Bundesstaaten die Arbeitslosenversicherung in unterschiedlicher Weise handhaben, manche Staaten mehr zu Reformen der Arbeitslosenversicherung neigen als andere, und da, nicht zuletzt, sowohl die Leistungen der Arbeitslosenversicherung bei Arbeitslosigkeit in den Staaten als auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zwischen Unternehmen und Regionen unterschiedlich sind, bieten sich der vergleichenden Analyse viele Möglichkeiten. Mit anderen Worten: Anders als in Deutschland, wo die Streuung der strategischen Variablen im Grunde zu gering für aussagekräftige ökonometrische Tests ist, stehen in den Vereinigte Staaten zahlreiche „natürliche Experimente“ für derartige Tests zur Verfügung. Bemerkenswert ist überdies, daß es einen fundamentalen weiteren Unterschied zwischen der empirischen Literatur zur deutschen und der zur amerikanischen Arbeitslosenversicherung gibt: Die deutsche Literatur ist theoretisch wie

empirisch vor allem mit dem Arbeitsangebot befaßt, etwa mit den Reaktionen der Anbieter auf Parameterveränderungen. Die amerikanischen Analysen sind beinahe ebenso einseitig auf die Nachfrageseite konzentriert, etwa darauf, wie die Nachfrage nach Arbeit auf Änderungen der Arbeitslosigkeits-Steuer reagiert. Dies ist sicherlich Ausfluß der beschriebenen grundlegenden Unterschiede der Systeme.

Im folgenden wird die seit Beginn der achtziger Jahre erschienene relevante Literatur ausgewertet, mit Schwerpunkt auf den Arbeiten der letzten Jahre (Übersicht A1). Ein Beitrag (Grubel/Walker, 1978) wurde aus den siebziger Jahren aufgenommen, da er grundlegende Probleme der Arbeitslosenversicherung in vorbildlicher Weise analysiert.

## **2. Die empirische Literatur**

### **a. Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosigkeit**

Jener Teil der Versicherungstheorie, der die Rolle des „moral hazard“ beschreibt, würde eine positive Korrelation zwischen einer Erhöhung (Senkung) der Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung und der Höhe beziehungsweise der Dauer der Arbeitslosigkeit vorhersagen. Zu der gleichen Vorhersage würden all jene gelangen, die das Phänomen der Hysterese in den Mittelpunkt ihrer Arbeiten stellen: Je länger die Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung ist, desto mehr verliert der Arbeitslose an fachlicher und sozialer Kompetenz.

Den Zusammenhang zwischen der Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung und der Dauer der Arbeitslosigkeit untersucht Moffit (1985, a, b). Er quantifiziert mit fast blauäugiger Präzision die Zahl der zusätzlichen Tage an Arbeitslosigkeit aufgrund einer einwöchigen Verlängerung des Anspruchs auf Arbeits-

losenunterstützung, und das nach Geschlechtern getrennt: Die Dauer der Arbeitssuche steigt erwartungsgemäß — um weniger als eine Woche —, und die Arbeitsneigung nimmt ab. Zu ähnlichen, quantitativ nur geringfügig abweichenden Auswirkungen kommen Katz und Meyer (1990) sowie Hunter (1990) und Card und Levine (1998). Dieser im Zeitablauf offenbar immer wieder bestätigte Zusammenhang wird nur in einem Fall zwar nicht falsifiziert, so doch nicht nachgewiesen (Engberg 1991). Dies mag auf das spezifische Programm, das Engberg zugrunde legt, zurückzuführen sein: Er vergleicht Teilnehmer an einem „Trade Adjustment Assistance“-Programm mit einer Stichprobe von Arbeitslosen.

Der Zusammenhang zwischen der Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung und der Höhe der Arbeitslosigkeit stand weniger zur Diskussion. Hier mag eine Rolle gespielt haben, daß die Verlängerung von Arbeitslosigkeit regelmäßig auch auf eine rechnerische Erhöhung der Arbeitslosenquote hinausläuft. Nur Card und Levine (1998) quantifizieren den positiven Einfluß auf die Zahl der Arbeitslosen.

#### b. Höhe des Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosigkeit

Der herrschenden Theorie der Arbeitssuche zufolge bedeutet eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung — das heißt ein Anstieg der Lohnersatzrate („replacement ratio“) —, daß die Opportunitätskosten der Arbeitssuche sinken (Glismann, Schrader 2000: 14 ff.); mit diesem Rückgang geht ein Anstieg der Akzeptanzlohns („reservation wage“) einher, der wiederum die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einem Ende der Arbeitslosigkeit kommt („hazard rate“), mindert; im Ergebnis steigt die Arbeitslosenquote (vgl. hierzu ausführlich Layard, Nickell, Jackman 1991: 216 ff.). Dieser in Deutschland oft und mit geringer

empirischer Aussagekraft überprüfte Zusammenhang liegt auch einigen Studien über das System der Vereinigte Staaten zugrunde.

Eine frühe Arbeit von Moffit (1985 b), gibt eine genau Quantifizierung dieses Zusammenhangs: Ein Anstieg der Arbeitslosenunterstützung um 10 vH erhöht die Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung um durchschnittlich 0,5 Wochen; das fast gleiche Ergebnis findet sich bei Engberg (1991) sowie später bei Anderson und Meyer (1994/1997).

Diese Bestätigungen elementarer Zusammenhänge haben Konsequenzen: Anderson (1991) schlägt vor, für eine rasche Wiederaufnahme der Beschäftigung Boni auszusetzen; später analysiert Meyer (1996) das diesbezügliche Illinois-Experiment aus den achtziger Jahren — bei dem 500 US-\$ an Pro-Kopf-Bonus bei rascher Arbeitsaufnahme gezahlt wurden — und lehnt es aus gesamtwirtschaftlichen Gründen ab: Es sei zu teuer und würde die Arbeitslosigkeit vermutlich eher erhöhen statt senken. Ob hier der beschäftigungssenkende Effekt höherer Steuern oder der reine Mitnahmeeffekt dominiert, bleibt dabei offen, wenn auch einige Beispiele für „künstliche Arbeitslosigkeit“ zum Zwecke des Empfangs eines Bonus genannt werden. In der Tat zeigen Anderson und Meyer (1995), daß die individuelle Steuerlast beim „experience rating“ deutliche Beschäftigungswirkungen hat.

### c. Versicherungsprämien und Arbeitslosigkeit

Anders als bei den Analysen über den Einfluß der Dauer oder der Höhe der Arbeitslosenunterstützung auf die Arbeitslosigkeit geht es bei den Arbeiten über die Auswirkungen der Versicherungsprämien auf die Arbeitslosigkeit um die



Nachfrageseite des Arbeitsmarkts: Wie reagieren Unternehmen auf Änderungen der „Unemployment Tax“?

Dieser Frage gehen vor allem Anderson und Meyer nach. Anderson (1991) zeigt, daß das „experience rating“ den Umfang der saisonal bedingten Entlassungen meßbar dämpft und daß die Unternehmen bei Entlassungen vorsichtiger zu Werke gehen, da sie offenbar die Auswirkungen ihrer Personalpolitik auf die Steuerlast ins Kalkül ziehen. In die gleiche Richtung zielen die Analysen von Moomaw (1998) und von Anderson und Meyer (1998). Letztere vergleichen die Erfahrungen in einem Bundesstaat— Washington — nach der Einführung des „experience rating“ mit einer längeren Periode davor. Diese Arbeit bestätigt die frühere Analyse Andersons; es wird außerdem festgestellt, daß nach der Einführung des „experience rating“ die Beschäftigung zunahm. Bemerkenswert erscheint, daß vor wie auch nach der Umstellung auf das „experience rating“ die Arbeitslosen-Steuer im Kern auf die Löhne überwältigt („angerechnet“) werden konnte, daß dies jedoch — nach der Umstellung — für die firmenspezifische Abweichung vom Durchschnitt nicht mehr galt: Wer überdurchschnittlich oft entließ, mußte mit Gewinneinbußen rechnen.

Eine in der Fachliteratur oft gestellte Frage ist die nach der Vollkommenheit des amerikanischen Systems des „experience rating“: Könnte der Zusammenhang zwischen Entlassungsverhalten und Arbeitslosigkeits-Steuer enger gestaltet werden? Anderson und Meyer (1994) sind dieser Meinung; sie führen 20 vH aller vorübergehenden — das heißt wohl im wesentlichen: saisonbedingten — Entlassungen auf die Unvollkommenheit des Systems zurück. Card und Levine (1994) kommen zu dem gleichen Ergebnis; ihnen zufolge schlägt sich die Unvollkommenheit, nicht gerade verwunderlich, vor allem in Rezessionsjahren nieder.

d. Die Rolle von Quersubventionen zwischen Unternehmen im „experience rating“

Jedes Versicherungssystem ist mit Quersubventionen und ihrem Spiegelbild, der „Querbesteuerung“ einzelner Aktivitäten, Personen oder Unternehmen verbunden. Das gilt auch für das amerikanische „experience rating“, weil es durch die Definition von Höchst- und von Mindestbeitragssätzen Kostenverursacher zu weniger als 100 vH an den Kosten beteiligt, und weil es auf der anderen Seite auch Unternehmen besteuert, die keine Entlassungen vorgenommen haben. Konsequentermaßen ist — auf diesen Aspekt reduziert — die durchschnittliche Firmengröße bei den „Subventionsempfängern“ zu groß und bei den „Querbesteuerten“ zu klein.

Das Ausmaß der Quersubventionen hängt Laurence (1991) zufolge vor allem von der Branchenzugehörigkeit und dem Alter des Unternehmens ab; es seien die „mittelalten“ (das heißt 11 bis 20 Jahre alten) Unternehmen, die über das „experience rating“ subventioniert würden. Im Jahre 1993 konkretisierte Laurence diesen Befund: 3 vH aller Unternehmen erhalten durch das „experience rating“ eine Subvention in Höhe von durchschnittlich 2 vH ihrer Lohnsumme. Affirmativ, wenn auch weniger konkret, ist der Beitrag von Anderson und Meyer aus dem Jahr 1993 zu diesem Thema. In den Jahren 1995 und 1998 beschreiben beide dann noch einmal die Allokationseffekte der firmenspezifischen Arbeitslosen-Steuer, wobei im letztgenannten Beitrag der Abbau von Allokationsverzerrungen eben durch das (im Staate Washington nach 1985 eingeführte) „experience rating“ geschieht.

#### e. Sonstige Aspekte

Über die beschriebenen und hier interpretierten Zusammenhänge hinaus werden in der Literatur weitere Aspekte behandelt, von denen einige erwähnenswert sind:

- Die Arbeitslosenunterstützung hatte keinen nennenswerten Einfluß auf das Lohnniveau nach der Wiederaufnahme der Arbeit (Hunter 1990).
- Das Budget der Arbeitslosenversicherung könnte deutlich entlastet werden, wenn die Leistungskontrollen und der Informationsfluß über Arbeitsangebote verbessert würden (Meyer 1992 und 1995). Ob das letztere heute noch verbesserbar ist, mag angesichts der neuen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung und des Informationsangebotes dahingestellt bleiben.
- Die finanzielle Situation der Budgets der Einzelstaaten für die Arbeitslosenversicherung bestimmt mit über die Zugangsregeln zur Arbeitslosigkeit; allein daher kann der Anteil der Empfänger der Arbeitslosenunterstützung an allen Arbeitslosen zwischen Bundesstaaten unterschiedlich sein (USGAO 1993).
- Gewerkschaftsmitglieder sind vergleichsweise häufig arbeitslos (Moomaw 1998).

### **3. Modellanalysen und Theorien**

Der Versuch, die Modellanalysen und theoretischen Ansätze zur Funktionsweise der Arbeitslosenversicherung ebenso zu strukturieren wie die empirischen Arbeiten, muß scheitern: Denn Modelle und Theorien über die Zusammenhänge zwischen Höhe und Dauer der Arbeitslosenunterstützung oder der Arbeitslosenversicherungsprämien und der Arbeitslosigkeit gibt es kaum. Die in Über-

sicht A1 erfaßten Arbeiten beschäftigen sich mit der Frage nach dem (wohlfahrts-) optimalen System der Arbeitslosenversicherung, mit der ökonomischen Sinnhaftigkeit von Arbeitslosenversicherungen oder mit der theoretischen Beschreibung des Marktes für die Arbeitslosenversicherung. Bei all diesen Analysen steht die empirische Überprüfbarkeit nicht im Vordergrund — sie sind ohne jeden empirischen Gehalt und daher aus praktischer Sicht als weitgehend irrelevant anzusehen. Doch enthalten einige Arbeiten bemerkenswerte Gedanken:

Wang und Williamson (1996) zeigen, daß ein optimales Anreizsystem im Bereich der Arbeitslosenversicherung mit *erheblichen* Sanktionen (bei Eintritt in die Arbeitslosigkeit) und Belohnungen (beim Verlassen der Arbeitslosigkeit) einhergehen muß. Ihrer Meinung nach ist das amerikanische System weit von einem solchen optimalen Zustand entfernt, da es — statt die Arbeitslosigkeit zu senken — diese erhöht. Mit anderen Worten: Von der Arbeitslosenversicherung geschaffenes „moral hazard“ wirkt stärker, als die von der Arbeitslosenversicherung geschaffenen Anreize, eine Beschäftigung aufzunehmen. Ebenfalls mit einem optimalen System der Arbeitslosenversicherung befassen sich Hopenhayn und Nicolini (1996). Sie konstruieren ein Modell, bei dem die Arbeitslosenversicherung ein stetes Moral-Hazard-Problem darstellt. Die optimierende Lösung lautet, daß die Dauer der Arbeitssuche mit steuerlichen Belohnungen und Bestrafungen einhergehen und die Arbeitslosenunterstützung im Zeitablauf sinken muß.

Weitgehend der herrschenden (neoklassischen) Theorie verhaftet und ohne besondere Überraschungen ist die Arbeit von Marimon und Zilibotti (1997), aus der hervorgeht, daß eine Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit erhöht, während in einer *laissez-faire* Wirtschaft Arbeitslosigkeit durch Lohnanpassungen vermieden würde. Die Autoren beantworten möglicherweise mit ihrer Arbeit

— ohne diese anzustreben — die grundlegende Frage von Oswald (1986), warum es keine (spontane) Gründungen privater Arbeitslosenversicherungen gebe. Oswald bemüht eine durchaus diskussionswürdige — und vermutlich mit Empirie unterlegbare — Hypothese über die einseitige Verteilung des Arbeitslosigkeitsrisikos nach Alter; die aus Marimon/ Zilibotti ableitbare grundsätzliche Überlegung würde jedoch lauten, daß es keine privaten Arbeitslosenversicherungen geben kann: In einer laissez-faire Wirtschaft nicht, weil es keine Nachfrage nach einer solchen gibt, und in einer regulierten Wirtschaft nicht, weil es eine staatliche Arbeitslosenversicherung gibt, die private Arbeitslosenversicherungen rechtlich oder faktisch ausschließt.

Acemoglu und Shimer (1998 und 2000) beweisen modelltheoretisch, daß Arbeitslosenversicherungen volkseinkommenssteigernd wirken. Das liegt daran, daß erst eine solche Absicherung die Bereitschaft von Arbeitnehmern erhöht, Hochlohntätigkeiten mit entsprechend hohem Beschäftigungsrisiko aufzunehmen. Als zusätzlicher Aspekt mag hinzugefügt werden, daß eine so wirkende Arbeitslosenversicherung gleichzeitig die intersektorale und -regionale Mobilität erhöhen kann; so würde auf zweierlei Weise die gesamtwirtschaftliche Produktivität aufgrund von arbeitslosenversicherungsbedingtem Strukturwandel verbessert.

#### **IV. Zum Erkenntniswert der behandelten Literatur**

Es hat sich im Rahmen dieses Systemvergleichs zwischen den Arbeitslosenversicherungen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten und im Vergleich mit der früher durchgeführten Analyse des deutschen Systems (Glismann, Schrader 2000) gezeigt, daß das amerikanische System das einzige ist, daß zwischen den Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und der Höhe der

Entlassungen eine negative Rückkopplung aufweist. Zu vermuten war daher, daß die amerikanische Arbeitslosenversicherung die effizienteste ist.

Die empirische Literatur zur Wirkungsweise der Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten weist deutliche Unterschiede zu wissenschaftlichen Analysen der deutschen Arbeitslosenversicherung auf: In methodischer Hinsicht wurden in den Vereinigte Staaten vergleichsweise wenige Arbeiten auf der Basis hochabstrakter Hazard-Raten-Modelle durchgeführt; Datenbasen, wie sie dem deutschen SOAP entsprechen spielen kaum eine Rolle.<sup>5</sup> Vielmehr liegen den Arbeiten zahlreiche allgemein verfügbare „natürliche Experimente“ zugrunde, weil es in den Regeln zur Arbeitslosenversicherung zwischen den Bundesstaaten — und in ihnen — genügend Streuung gibt. Was die Ergebnisse anlangt, so scheinen diejenigen in den Vereinigte Staaten allgemeingültiger zu sein als die, die über die deutsche Arbeitslosenversicherung vorliegen. Sie geben gewissermaßen Auskunft darüber, wie eine Arbeitslosenversicherung vermutlich immer und überall funktioniert, wenn z.B. die Höhe oder die Dauer der Arbeitslosenunterstützung variiert wird. Auch auf das Phänomen der Quersubventionierungen bzw. der Querbesteuerungen zwischen Unternehmen durch die Abgaben an die Arbeitslosenversicherung weist die empirische Literatur der Vereinigte Staaten hin, mit allen ihren Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Produktionsstruktur.<sup>6</sup>

Festzuhalten ist auch die Vielzahl von vorwiegend an der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ansetzenden Analysen in den Vereinigten Staaten; fraglos liegt dies

---

<sup>5</sup> Zum Teil geben sich die Ausführungen über die Zuverlässigkeit solcher Erhebungen außerordentlich kritisch (Louis et al. 1986).

<sup>6</sup> Vgl. auch die Reformvorschläge zur deutschen Arbeitslosenversicherung bei Genosko et al. (1999), die ähnliche Überlegungen enthalten.

an dem dominierenden Einfluß des „experience rating“. Dem stehen die vorwiegend auf das Arbeitsangebot konzentrierten Analysen in Deutschland gegenüber. Eine Synthese beider Analyseschwerpunkte scheint möglich: Das amerikanische „experience rating“ wirkt eben für rund 6 Monate vorwiegend über die Nachfrageseite. Nach dieser Zeit, das heißt für die länger Arbeitslosen, ist es weniger wirkungsvoll. Dann setzen alle die ökonomischen Wirkungsmechanismen ein, die im Vordergrund der angebotsorientierten deutschen Literatur stehen: Lohnersatzrate, Opportunitätskosten der Arbeitssuche, Akzeptanzlohn, Abgangsrate, Opportunitätskosten der Arbeit, etc.

Ein letzter Gesichtspunkt ist erwähnenswert. Man kann vermuten, daß eine optimale Arbeitslosenversicherung auch bewirken sollte, daß alle Beteiligten am System — die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Arbeitgeber und die Versicherungsinstitutionen — ein ökonomisches Interesse an niedrigen Arbeitslosenzahlen oder an einem Abbau von Arbeitslosigkeit haben. Unter diesem Aspekt ist auch das amerikanische System unvollkommen, nicht nur wegen des zeitlich begrenzten „experience rating“: Die Versicherungsinstitutionen in Gestalt der bundesstaatlichen Trust Funds werden steuerfinanziert; dieses „Umlageverfahren“ bietet wenig Anreize zu Kostensenkungen. Ähnliches, wenn auch institutionell vollkommen verschieden, gilt für Deutschland und für das Vereinigte Königreich. Möglicherweise ist dies — wie die stärkere Berücksichtigung der Angebotsseite — Gegenstand von Arbeiten zur Reform der amerikanischen Arbeitslosenversicherung. Darauf wird als nächstes einzugehen sein.

Übersicht A1 — Ausgewählte Literatur zur Wirkungsweise der Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten (1978 – 2000)

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
1. Acemoglu und Shimer	2000	<p>Produktivitätseffekte der Arbeitslosenversicherung.</p> <p>These: Die Arbeitslosenversicherung erhöht die Arbeitsproduktivität, indem sie die Arbeiter veranlaßt, Berufe mit höheren Produktivitäten zu wählen, und indem sie Unternehmen beeinflussen, solche Arbeitsplätze zu schaffen.</p>	Quantitatives Modell des US-Marktes für Hochschulabsolventen.	Eine im Vergleich zum bestehenden US-Niveau großzügigere Arbeitslosenversicherung erhöht zwar die Arbeitslosigkeit (via „moral hazard“), führt jedoch auch zu vermehrter Produktion aufgrund einer verbesserten Arbeitsplatz-Struktur. Dies gilt freilich nur für „moderate levels of UI“.	Die Parameterisierung ist nicht ganz ohne Bedeutung für das Ergebnis. Die Autoren meinen jedoch, daß die Modellergebnisse gegenüber Variationen der Parameter sehr robust seien.
2. Addison und Blackburn	2000	<p>Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung auf die Verdienste nach der Arbeitslosigkeit.</p> <p>These: Die Arbeitslosenversicherung sollte vom Grundgedanken her — bei längerer Suche bessere Jobs zu finden — einen positiven Einfluß auf die Verdienste haben.</p>	Regressionsanalysen (Daten für die Zeit 1983 – 1990).	Die Evidenz für positive Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung auf die „Verdienste danach“ ist begrenzt; es gibt sie nur beim Vergleich zwischen Empfängern von Arbeitslosenunterstützung und Nichtempfängern unter den Arbeitslosen. Und auch diese Unterschiede sind geringer als frühere Untersuchungen vermuten ließen.	
3. Cahuc und Lehmann	2000	Soll die Arbeitslosenunterstützung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinken?	Modellanalyse mit quantitativen Exerzitionen.	Eine im Zeitablauf sinkende Arbeitslosenunterstützung führt zu Lohnerhöhungen und damit zu mehr Arbeitslosigkeit.	Bemerkenswert ist „der europäische Kern“ des Modells: Löhne werden kollektiv und von Insidern festgelegt. Die Argumentation ist freilich verwirrend und das Modell ohne empirischen Gehalt.



Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
4. Ashenfelter, Ashmore und Deschênes	1999	Suchen Bezieher von Arbeitslosenunterstützung intensiver nach Arbeit?	Regressionsanalyse mit Daten aus 4 Staaten.	Der Übergang von einem „Anreizsystem“ zu einem „Strafsystem“ (hier: in 4 Staaten) hat die Arbeitsuche nicht intensiviert. Eine unzureichende Intensität der Arbeitsuche war daher nicht ursächlich für die hohen Ausgaben des amerikanischen Systems der Arbeitslosenversicherung.	Der grundsätzliche Unterschied zwischen „Anreiz“ und „Strafen“ ist aus ökonomischer Sicht schwer zu verstehen. Die Logik der Schlußfolgerung ist unklar.
5. Black, Smith, Berger und Noel	1999	Was ist wirksamer: Job-Training oder die Ankündigung von Job-Trainings-Maßnahmen?	Ökonometrische Kontrollgruppen-Analyse.	Das „Worker Profiling and Reemployment Services (WPRS)“-System reduzierte die Dauer des Empfangs von Arbeitslosengeld um durchschnittlich 2,2 Wochen und die Höhe des Arbeitslosengeldes um 143 US-\$.  Die Auswirkungen beruhten nicht auf Ausbildungseffekten, sondern auf der Androhung des WPRS.	Daß das Job-Training-Programm als Drohung mehr denn als Weiterbildung wirksam war, bedeutet, daß es das „moral hazard“ reduziert hat.
6. Acemoglu und Shimer	1998	Ist eine Arbeitslosenversicherung ökonomisch effizient?	Allgemeines Gleichgewichtsmodell der Arbeitsuche mit Risikoaversion.	Ausgangspunkt: – Ein Anstieg der Risikoaversion reduziert Löhne, Beschäftigung und Investitionen. – Die Arbeitslosenversicherung kompensiert die Risikoaversion aufgrund von „moral hazard“: Die Versicherten suchen Hochlohnjobs mit hohem Arbeitslosigkeits-Risiko.  Ergebnis: Bei bestehender Risikoscheu erhöht eine (geringe) Arbeitslosenversicherung den Output (Wohlfahrt?).	Wenn eine Arbeitslosenversicherung effizient ist, warum haben sich nicht seit jeher spontan Arbeitslosenversicherungen gebildet?

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
7. Alvarez und Veracierto	1998	Quantitative Auswirkungen von Trennungsgeldern („severance payments“) von Unternehmen an (zu) Entlassene.	Modellanalysen.	<p>„Trennungsgelder“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– erhöhen die Erfolgsrate bei der Arbeitsuche,</li> <li>– senken die Häufigkeit von Entlassungen,</li> <li>– erhöhen die Gesamtwohlfahrt.</li> </ul>	Die „Trennungsgelder“ an zu Entlassene sind — in den Vereinigten Staaten — ein fast vollkommenes Substitut für „Entlassungssteuern“ (Steuern auf der Basis des „experience rating“).
8. Anderson und Meyer	1998	Auswirkungen des „experience rating“ (der Arbeitslosenversicherungs-Steuer) auf Löhne, Beschäftigung, Anträge auf Arbeitslosenunterstützung und Ablehnungen dieser Anträge.	„Natürliches Experiment“: Auswertung (mit Regressionen) der Erfahrungen in Washington (State) vor der Einführung des „experience rating“ (1972–1984) und nach der Einführung.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Lohneinkommen sinken mit steigender Arbeitslosenversicherungs-Steuer.</li> <li>2. Ergebnis (1) gilt nur für die Einheitssteuer 1972–1984 und für die durchschnittliche Steuer nach 1984. Danach gilt: Abweichungen zwischen firmenspezifischen Steuern und dem Durchschnitt sind nicht überwältzbar.</li> <li>3. Die Beseitigung der impliziten Subventionen für viele Firmen und überdurchschnittlicher Steuersätze für andere führt zu kräftigen Reallokationen der Produktionsstruktur der Vereinigten Staaten.</li> <li>3a. Niveau und Saisonbedingtheit der Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung sanken nach der Umstellung 1985; und es sank das Ausmaß der Saisonarbeit.</li> <li>4. Die Beschäftigung insgesamt stieg nach der Umstellung (schwache Evidenz).</li> </ol>	Die Natur der Analyse als „natürliches Experiment“ ist außerordentlich überzeugend, und gleichzeitig ist wegen der Einmaligkeit des Datensatzes eine ähnliche Analyse kaum erstellbar.

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Anderson und Meyer	1998			5. Ablehnungen von Anträgen auf Arbeitslosenunterstützung stiegen nach der Umstellung.	
9. Card und Levine	1998	Auswirkungen einer Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit.	Regressionsanalyse auf der Basis von administrativen Unterlagen für einzelne Individuen. Region: New Jersey; Extended Benefit Program (NJEB).	<p>Ein 6-Monats-Programm in New Jersey, das 13 zusätzliche Wochen an Arbeitslosenunterstützung vergab, wirkte folgendermaßen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Die Zahl der Arbeitslosen, die die <i>reguläre</i> Dauer der Arbeitslosenunterstützungszahlungen voll ausnutzte, stieg (um 1 bis 3 Prozentpunkte).</li> <li>– Die Zahl der Arbeitslosen, die schon arbeitslos waren, als das Programm begann, und die in eine Beschäftigung wechselten, fiel um 15 vH.</li> </ul> <p>Simulationen ergeben, daß auf lange Sicht die Zahl derjenigen, die die reguläre Arbeitslosenunterstützung ausnützten, um 7 Prozentpunkte stiege.</p>	Eine wegen der Realitätsnähe — als „natürliches Experiment“ — überzeugende Analyse.
10. Gustavson und Levine	1998	Das amerikanische System der Arbeitslosenversicherung und der ungelernete Beschäftigte.	Tabellarische und regressionstechnische Analyse.	Das System der Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten ist als soziales Netz für Ungelernte nicht geeignet, da es (zu stark) auf Versicherungsprinzipien beruht. Vor allem das Erfordernis der „unfreiwilligen“ Arbeitslosigkeit für den Empfang von Arbeitslosenunterstützung ist ein Hindernis für Ungelernte.	Es handelt sich um eine (unfreiwillig) treffende Analyse der Unterschiede zwischen einem Umverteilungssystem und einem Versicherungssystem.

11. Moomaw	1998	Arbeitslosenversicherung und andere Determinanten der Arbeitslosigkeit.	Regressionsanalyse für städtische Gebiete und Counties.	Arbeitslosenunterstützung erhöht die Arbeitslosenquote; „experience rating“ senkt die Arbeitslosenquote.	Ein Randergebnis ist, daß die Mitgliedschaft in Gewerkschaften mit einer höheren Arbeitslosenquote korreliert.
Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
12. Anderson und Meyer	1997	Auswirkungen firmenspezifischer Steuern sowie staatlicher Auflagen mit unterschiedlichen Kosteneffekten für einzelne Firmen [vgl. Anderson and Meyer (1995)].	Vgl. Anderson and Meyer (1995).	Vgl. Anderson and Meyer (1995). Unterschiedliche Belastungen der Firmen können zu erheblichen volkswirtschaftlichen Verlusten („dead-weight losses“) führen.	
13. Baicker, Goldin und Katz	1997	Angemessenheit des US-Systems der Arbeitslosenversicherung.	Historische Beschreibung; Regressionsanalyse.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hauptkritikpunkt am herrschenden System ist, daß es sich seit 1935 nicht geändert hat.</li> <li>2. Dennoch ist das „experience rating“ „... far closer to a perfect merit system than is any other ...“.</li> <li>3. Es gibt Andeutungen für eine Beziehung zwischen abnehmender gesamtwirtschaftlicher Saisonabhängigkeit und dem „experience rating“.</li> </ol>	Die Analyse bleibt überwiegend auf Selbstverständlichkeiten beschränkt.

14. Cook	1997	Haben unterschiedliche Experience-Rating-Modelle unterschiedliche vorübergehende Entlassungen zur Folge [(vgl. Cook (1992))]?	Modellmäßiger Vergleich zweier hypothetischer Firmen.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Methode der „reserve ratio“ (in 33 Staaten der USA praktiziert) führt zu Entlassungsraten, die sich allmählich an ihre optimalen Niveaus annähern.</li> <li>2. Die Methode der „benefit ratio“ (in 16 Staaten praktiziert) führt zu sofortiger Anpassung der Entlassungen.</li> <li>3. Keine der beiden Experience-Rating-Methoden ist unter allen Bedingungen überlegen.</li> </ol>	<p>„Reserve ratio“-Methode des „experience rating“: Jede Firma hat ein Konto beim staatlichen Arbeitslosenversicherungs-Trust Fund; das Konto wird aus der Arbeitslosenversicherungs-Steuer gespeist. Die „reserve ratio“ ist die Relation aus Bilanzsumme am Ende des Jahres und gleitendem n-Jahresdurchschnitt der Steuerbasis der Firma (Lohnsumme).</p> <p>„Benefit ratio“-Methode des „experience rating“: Der Arbeitslosenversicherungs-Steuersatz der Firma setzt an der</p>
----------	------	---	---	--	--

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Cook	1997				„benefit ratio“ an; das ist die Relation aus gleitendem n-Jahresdurchschnitt der Auszahlungen („benefits“) und dem gleitenden n-Jahresdurchschnitt der Steuerbasis der Firma (Lohnsumme).

15. Decker	1997	Von der Arbeitslosenversicherung ausgehende positive und negative Arbeitsanreize.	Raisonnement und Literaturlauswertung.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Arbeitslosenunterstützung geht mit negativen Arbeitsanreizen einher. Daher war die steuerliche Belastung der Arbeitslosenunterstützung, vor allem seit der Reagan-Zeit, sinnvoll.</li> <li>2. Die Evidenz für den Zusammenhang zwischen Arbeitslosenunterstützung und höheren Löhnen „danach“ aufgrund verbesserter Arbeitssuche ist uneinheitlich.</li> <li>3. Dennoch (trotz 1.) ist weiter unklar, ob das System der Arbeitslosenversicherung nicht insgesamt positiv auf die Beschäftigungslage wirkt.</li> </ol>	
16. Gritz und MaCurdy	1997	Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf die Zahl der Arbeitslosen.	Ökonometrisches Modell mit Daten der NLSY (National Longitudinal Survey-Youth Cohort).	Empfänger von Arbeitslosenunterstützung weisen längere Phasen von Nicht-Arbeit auf, zumindest bis zum Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung.	Die Analyse bezieht nur junge Männer ein.
17. Marimon und Zilibotti	1997	Hypothetische Auswirkungen hypothetischer Schocks auf die Beschäftigung in Volkswirtschaften mit („Europa“) und	Modellanalyse.	Die Arbeitslosenversicherung erhöht im Gefolge von Schocks die Arbeitslosigkeit. In einer laissez-faire-Wirtschaft.	Die Analyse der unterschiedlichen Auswirkungen exogener Schocks (Mengenreaktionen mit und Preisreaktionen ohne Intervention) entspricht den

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Marimon und Zilibotti	1997	ohne („USA“) Arbeitslosenversicherung.		bleibt die Arbeitslosigkeit unverändert, doch gibt es kräftige Lohnanpassungen.	Standardtexten zum Interventionismus. Bei den Zuordnungen Europas und der Vereinigten Staaten handelt es sich um erschlichene Emperie.
18. Blakemore, Burgess, Low und Louis	1996	Das Ausmaß der Steuervermeidung durch Unternehmen bei der Steuer für die Arbeitslosenversicherung.	Statistische Schätzungen auf der Grundlage der Daten für Illinois; Regressionsanalyse.	Die Anreize zur Steuervermeidung sind sehr ausgeprägt: Es werden falsche Angaben bzgl. der Anzahl der Beschäftigten und der Lohnzahlungen gemacht. Dies diskriminiert die ehrlichen Unternehmen. Sekundäreffekte: Geringere Beiträge für die Alterssicherung; die Arbeitslosenunterstützung sinkt und/oder wird häufiger abgelehnt.	Der Vorschlag, das „experience rating“ durch eine „flat tax“ zu ersetzen, würde die Anreize für Weiterbeschäftigung (statt Entlassung) schwächen.
19. Gruber und Cullen	1996	Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung auf das Arbeitsangebot von Ehegatten. These: Der „Added Worker Effect“ (AWE) wird von der Arbeitslosenversicherung konterkariert.	Regressionsanalyse auf der Basis des SIPP (Survey of Income and Program Participation).	Die These vom Crowding-Out durch die Arbeitslosenversicherung wird bestätigt. Die höheren Opportunitätskosten der Arbeit führen vor allem bei Frauen mit Kleinkindern zu einem verringerten Arbeitsangebot.	Als Nebenergebnis zeigt sich, daß das Arbeitsangebot der Familien im Rahmen eines Lebenszyklus-Konzepts erfolgt.
20. Hopenhayn und Nicolini	1996	Ein optimales System der Arbeitslosenversicherung.	Modell eines Anreiz-Systems, bei dem die Arbeitslosenversicherung ein immer wiederkehrendes „moral hazard“ darstellt. Wesentlich ist: Die Wahrscheinlichkeit, einen	Der optimale Kontrakt der Arbeitslosenversicherung <i>mit</i> Lohnsteuer (nach Wiederbeschäftigung) ist gekennzeichnet durch mit der Dauer der Arbeitslosigkeit – sinkende Lohnersatzraten (von 99 vH nach einer Woche auf 94 vH nach 52 Wochen);	Der von der Dauer der Arbeitslosigkeit abhängende Lohnsteuersatz gibt der Politik (der Arbeitslosenversicherung) einen zusätzlichen Freiheitsgrad. Ansonsten: Die Analyse ist ohne empirischen Gehalt (vgl. auch Wang und Williamson 1996).

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Hopenhayn und Nicolini	1996		neuen Arbeitsplatz zu finden, hängt von den Suchanstrengungen ab, die der Prinzipal nicht beobachten kann (Informationsasymmetrien).	<ul style="list-style-type: none"> <li>– sinkenden Konsum (langsamer sinkend als die Lohnersatzrate);</li> <li>– steigende Steuersätze [zu Beginn ein Steuerabschlag (<math>\equiv</math> Subvention für rasche Wiederbeschäftigung nach der ersten Woche), später ein Steueraufschlag (nach der 52igsten Woche)].</li> </ul>	
21. McCall	1996	Auswirkungen einer Anhebung des zum Arbeitslosengeld Hinzuverdienbaren auf die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen.	Modellanalyse mit Daten der Arbeitslosenstatistik.	Kräftige Anhebungen des „disregard“ (des ohne Abzüge Hinzuverdienbaren) führen zu einem signifikanten Anstieg der bedingten Wahrscheinlichkeit einer Teilzeit-Wiederbeschäftigung innerhalb der ersten drei Monate der Arbeitslosigkeit.	Es fehlen ergänzende Analysen, denn das Perpetuum Mobile der Arbeitslosenversicherung ist die Anhebung des „disregard“ sicher nicht: Wo sind die Grenzen einer effizienten Anhebung und was sind ihre Determinanten?
22. Meyer, B.D.	1996	Auswirkungen von Pro-Kopf-Prämien an Arbeitslose für rasche Arbeitsaufnahme	Das 500 US-\$-Prämienprogramm von Illinois aus den 80iger Jahren wird mit einem Hazard-Rate-Modell untersucht (Kontrollgruppen-Analyse).	Ein dauerhaftes Prämienprogramm ist nicht empfehlenswert, weil es zu kräftigen Ausgabenerhöhungen führen und — vermutlich — die Arbeitslosigkeit erhöhen würde.	
23. Meyer und Rosenbaum	1996	Institutionelle Auffälligkeiten bei der wiederholten Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung	Tabellarische Statistik; Regressionsanalysen.	Die wiederholte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung ist konzentriert auf <ul style="list-style-type: none"> <li>– Saisonbetriebe;</li> <li>– den gleichen Arbeitgeber;</li> <li>– Arbeitnehmer im mittleren Alter;</li> <li>– hochbezahlte Arbeitnehmer.</li> </ul>	Die Beobachtungen sind geeignet, gängige Vorurteile zu widerlegen: Es sind nicht die „schlechten Jobs“ die einer erhöhten Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, es sind nicht die alten Arbeitnehmer, und es sind nicht die Arbeitnehmer mit geringem Einkommen. Möglicherweise kommt hier eine Verzerrung durch Selektion zum Tragen.



Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
24. Wang und Williamson	1996	Art und Auswirkungen eines optimalen Systems der Arbeitslosenversicherung und des Systems der Vereinigten Staaten.	Modellanalyse.	<p>Das optimale System der Arbeitslosenversicherung ist gekennzeichnet durch erhebliche Subventionen an den Arbeitssuchenden zur Belohnung des Übergangs von der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung und durch erhebliche Strafen beim Übergang von einer Beschäftigung zur Arbeitslosigkeit. Das optimale System senkt die Steady-State Arbeitslosenquote um 3,4 Prozentpunkte, erhöht den Output um 3,64 vH und die Wohlfahrt um 0,21 vH.</p> <p>Aber: Die Arbeitslosenversicherung der Vereinigten Staaten erhöht die Arbeitslosenquote um 1,8 Prozentpunkte. Ohne Arbeitslosenversicherung wäre in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosenquote also niedriger, die Produktion (um 2 vH) höher und die Wohlfahrt <i>niedriger</i> (um 3 vH).</p>	<p>Die Analyse ist ohne empirischen Gehalt. Die Wohlfahrtseffekte werden anders als üblich gemessen, nämlich als derjenige (relative) Verbrauch eines jungen Beschäftigten, der ihn indifferent zum herrschenden System der Arbeitslosenversicherung macht.</p> <p>Bewertung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die „Strafen“ im optimalen System sind sehr hoch (Null-Konsum).</li> <li>2. Der Wohlfahrtsverlust im Vergleich der „amerikanischen Arbeitslosenversicherung“ mit „keiner Arbeitslosenversicherung“ basiert lediglich auf den Auswirkungen der Konsumglättung (die ohne Arbeitslosenversicherung geringer wäre).</li> <li>3. Eigene Spartätigkeit ist keine untersuchte Alternative; ebenso wird die Alternative einer privaten Versicherungslösung nicht untersucht.</li> <li>4. Bemerkenswert ist der Einschluß von „moral hazard“ bei Arbeitsuche und Arbeitsbeibehaltung.</li> <li>5. Es ist ein Modell, das nur für das Arbeitsangebot gilt. Reaktionen der Arbeitgeber sind nicht enthalten.</li> </ol>

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
25. Anderson und Meyer	1995	Auswirkungen firmenspezifischer Steuern am Beispiel des „experience rating“ der amerikanischen Arbeitslosenversicherung.	Regressionsanalyse mit bis zu 1,4 Mio. Beobachtungen	Die individuellen Lohnsteueränderungen aufgrund des „experience rating“ der Arbeitslosenversicherung führen zu wesentlichen Reallokationen bei der Beschäftigung (die Freisetzungseffekte einer Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsprämie sind hoch signifikant).	

26. Betcherman und Leckie	1995	<p>Reaktionen der Arbeitgeber auf das „experience rating“ der Arbeitslosenversicherung</p> <p>1. Literaturübersicht</p> <p>a) Osberg, Apostle und Clairmont 1986; Phipps 1993.</p> <p>b) Topel 1983</p> <p>α) Card und Levine 1994</p> <p>β) Kaiser 1987; Topel 1985</p>	<p>zu 2:</p> <p>Datensammlung für rund 300 Unternehmen in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau der Vereinigten Staaten und Kanadas durch Fragebogenaktion und Arbeitslosenstatistik; OLS-Regressionen</p>	<p>zu 1:</p> <p>a) Angebotsseite: Arbeitslosenunterstützung verlängert die Arbeitslosigkeit.</p> <p>b) Nachfrageseite: Sie dominiert Entlassungen aus drei Gründen:</p> <p>α) Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung erfolgt in den Vereinigten Staaten durch den Arbeitgeber. Das „experience rating“ bringt die Steuerlast in Abhängigkeit zum Entlassungsverhalten und ist nicht vollkommen: Je weniger streng das „experience rating“ ist, desto größer ist der Anreiz für Entlassungen.</p> <p>β) Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung hat kaum Einfluß auf das Entlassungsverhalten der Arbeitgeber.</p>	<p>zu 2:</p> <p>– Die beiden Sektoren sind möglicherweise unglücklich gewählt.</p> <p>– Die Angaben sind wenig repräsentativ, da die Analyse auf einen Vergleich zweier Systeme („experience rating“ in den Vereinigten Staaten, kein „experience rating“ in Kanada) beruht.</p> <p>– Es wird nicht ein unternehmensspezifisches „experience rating“ zugrunde gelegt, sondern ein „jurisdiction-wide experience rating“. Das allein schließt einen sinnvollen Hypothesentest aus.</p> <p>– 2/3 der Entlassungen wurden nicht erklärt. Das bedeutet, daß die Effekte der Arbeitslosenversicherung in den Residuen verborgen sein können.</p> <p>– Fragebogen-Daten sind oft fraglich.</p>
---------------------------	------	--	---	---	--

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Betcherman und Leckie	1995	<p>γ) Grais 1983</p> <p>2. Hypothesen</p> <p>a) Je präziser das „experience rating“ bei der Festlegung der Arbeitslosenversicherungssteuer ist, desto weniger reagieren Unternehmen auf einen Nachfragerückgang mit Entlassungen (ceteris paribus).</p> <p>b) Je präziser das „experience rating“ ist, desto eher werden Unternehmen in die Bildung von Humankapital investieren.</p>		<p>γ) Kurzarbeiter erhalten einen Teilzeit-Lohn plus Teilzeit-Arbeitslosenunterstützung. Dies senkt die Zahl der Entlassungen.</p> <p>zu 2: Beide Hypothesen werden nicht bestätigt.</p>	
27. Brechling und Laurence	1995	<p>Dauerarbeitslosigkeit und Finanzierung der Arbeitslosenversicherung.</p> <p>Die sozial optimale Rate der Bewegung von kontrahierenden zu expandierenden Sektoren kann nur erreicht werden, wenn die Transferkosten von den Entlassenen oder vom Arbeitgeber im kontrahierenden Sektor getragen werden.</p>	Überwiegend mathematisches Raisonement.	<p>Das „experience rating“ bringt generell die sozial optimalen Ergebnisse. Aber bei dauerhaften Entlassungen ist das in den Vereinigten Staaten praktizierte Experience-Rating-System unzureichend.</p> <p>Vorschlag: Positive Bilanzen im Arbeitslosenversicherungs-Fonds sollten als verzinsliche Unternehmensvermögen behandelt werden, negative als Verbindlichkeiten. Das gilt auch für den Fall des Bankrotts</p>	

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
28. Anderson und Meyer	1994 und 1997	Auswirkungen des Niveaus der Arbeitslosenunterstützung auf die Neigung, Arbeitslosenunterstützungs-Anträge zu stellen.	Regressionsanalysen.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Es besteht ein starker positiver Zusammenhang zwischen dem Niveau der Arbeitslosenunterstützung und der Zahl der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung.</li> <li>2. Die Steuern auf Arbeitslosenunterstützung haben einen deutlich negativen Einfluß auf die Zahl der Empfänger der Arbeitslosenunterstützung.</li> </ol>	
29. Anderson und Meyer	1994	Auswirkungen der Arbeitslosenversicherungs-Steuern (auf der Basis von „experience rating“ ) und von Arbeitslosenunterstützung auf Entlassungen.	Regressionsanalysen mit Firmendaten.	Unvollständiges „experience rating“ verursacht 20 vH der zeitweiligen Entlassungen („temporary layoffs“).	
30. Card und Levine	1994	<p>Abgaben an die Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosigkeit</p> <p>These: Die Höhe der Entlassungskosten („experience rating“) beeinflußt das zyklische und saisonale Entlassungsverhalten.</p>	Beschreibende Statistik; Regressionsanalysen.	Je unvollkommener das „experience rating“ ist, desto größer ist die Anzahl vorübergehender Entlassungen; dies ist am stärksten in Rezessionsjahren ausgeprägt. Je vollkommener das „experience rating“ wird, desto gedämpfter sind die zyklischen Entlassungen.	

31. Hotchkiss und Moore	1994	Der Einfluß der Aktionsparameter der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitsuche.	Modell- und Regressionsanalyse.	Parameter sind: 1. Die Möglichkeit, zur Arbeitslosenunterstützung hinzuzuverdienen, bis X \$ erreicht sind. 2. Die Abzüge vom Hinzuverdienten, nachdem Y \$ erreicht sind.	Die Schlußfolgerung lautet, daß Arbeitsanreize wirksam gesetzt werden, wenn die Steuersätze auf Hinzuverdienten gesenkt werden.
noch Hotchkiss und Moore	1994			3. Das Niveau des Hinzuverdienten, bei dem die Arbeitslosenunterstützung gestrichen wird. Ergebnis: Parameter 1 ist ohne Belang. Parameter 2 und 3 wirken kräftig.	
32. Anderson und Meyer	1993	Gehen von den Quersubventionen der Arbeitslosenversicherung der Vereinigten Staaten Anreize für die Unternehmen aus, Entlassungen vorzunehmen?	Tabellarischen Aufarbeitung von Daten der Arbeitslosenversicherung.	Das „experience rating“ ist „schwach“, d.h. viele Firmen zahlen weniger als die vollen Kosten der Arbeitslosenversicherung, und andere zahlen mehr; die Zahlungen der letzteren sind daher als Subventionen von Entlassungen zu interpretieren.	
33. Laurence	1993	Das Ausmaß der Subventionen im amerikanischen Finanzierungssystem der Arbeitslosenversicherung.	Tabellarische Auswertung.	Es gibt zahlreiche Firmen, die erhebliche Subventionen von anderen Firmen erhalten, z.B. weil ihre Beschäftigung im Zeitablauf instabiler ist: 3 vH aller Firmen werden mit über 2 vH der Lohnsumme durch die Arbeitslosenversicherung quersubventioniert; 0,25 vH aller Firmen werden mit über 2 vH der Lohnsumme „querbesteuert“.	

34. USGAO (General Accounting Office)	1993	Ursachen des Rückgangs des Anteils der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung an allen Arbeitslosen.	Regressionsanalysen.	Die sich verschlechternde finanzielle Situation der „Trust Funds“ der Einzel- staaten führte zu länderweisen Gesetzesänderungen, durch die der Zugang zur Arbeitslosenunterstützung („eligibility“) erschwert und die Lohnersatzrate gesenkt wurde.	
Autor	Erschei- nungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
35. Burgess und Low	1992	Struktur der Arbeitslosen und der Versicherungsprämie nach Firmen und nach Beitragsklas- sen.	Datenbasis: 84.000 Beschäftigte von 611 Unternehmen in Illinois. Beschreibende Statistik.	Zahlreiche Ergebnisse, darunter das Phänomen der „free layoffs“ (es entsteht durch die Definition der Basis- Periode bei der Beitragszahlung, wenn ein Arbeitnehmer innerhalb eines halben Jahres nach Arbeitsbeginn für kurze Zeit entlassen wird).	Der Beitrag ist wegen seiner Viel- schichtigkeit etwas ungerichtet.
36. Cook	1992	Die beiden Methoden des „experience rating“ der Arbeitslosenversicherung der Vereinigten Staaten.	Modellanalyse.	Es wird vorgeschlagen, das „experience rating“ zu vervollkommen ( $\equiv$ verschär- fen), indem der maximale Steuersatz abgeschafft wird, und die versteuerbare Lohnbasis zu vergrößern.	

37. Meyer, B.D.	1992 und 1995	<p>Auswirkungen von (wirklichen) Arbeitslosenversicherungs-Experimenten in den Vereinigten Staaten.</p> <p>Thesen:</p> <p>a) Wiederbeschäftigungs-Gut-schriften für kurze Arbeits-suche (bei spezifizierter Dauer der neuen Arbeit) senken die Arbeitslosigkeit.</p> <p>b) Es gibt zahlreiche Instru-mente, mit denen die Ausga-ben der Arbeitslosenversi-cherung gesenkt werden kön-nen. Zu ihnen gehören eine verbesserte Information über</p>	<p>Ökonometrische Kon-trollgruppen-Analyse.</p> <p>zu a: 4 Experimente.</p> <p>zu b: 6 Experimente.</p>	<p>zu a) Ökonomische Anreize zeigen vor allem Wirkung in bezug auf die Dauer der Arbeitsuche, weniger in bezug auf die Verdienstmöglich-keiten. Es gibt allerdings Selektionseffekte, die die Ergebnisse relativieren.</p> <p>zu b) Die Auswirkungen sind eindeu-tiger als bei a.</p>	
Autor	Erschei-nungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Meyer, B.D.	1992 und 1995	Arbeitsangebote und eine stärkere Kontrolle der Lei-stungen der Arbeitslosenver-sicherung.			



38. Anderson	1991	Anreizwirkungen des Systems der Arbeitslosenversicherung in den Vereinigten Staaten.	Modell- und Regressionsanalysen.	<p>a) Höhere Kosten der Arbeitslosigkeit („experience rating“) für die Firmen senken die saisonale Amplitude der Entlassungen und erhöhen den Lag, mit dem die Firmen auf Nachfrageschwankungen reagieren.</p> <p>b) Es gibt wirksame Anreize für die Beschäftigten (Arbeitslosen), die Dauer einer Arbeitslosigkeit zu senken, (vor allem „Cash bonus offers“, d.h. Bargeldprämien).</p>	Es handelt sich bei dieser Arbeit um eine Dissertation, die an der Princeton University erfolgte.
39. Engberg	1991	<p>Auswirkung der Arbeitslosenunterstützung auf die Arbeitsuche.</p> <p>These: Niveau und Dauer der Arbeitslosenunterstützung korrelieren positiv mit der Dauer der Arbeitslosigkeit und mit dem auf die Arbeitslosigkeit folgenden Lohnniveau.</p>	Hazard-Funktionsschätzungen der Dauer der Arbeitslosigkeit und reduzierte Funktionen für den Akzeptanzlohn.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Änderungen der Dauer der Arbeitslosenunterstützung haben „very little, if any“ Auswirkungen auf das Ergebnis der Arbeitsuche.</li> <li>2. Wenn das Ziel der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ein höherer Lohn am neuen Arbeitsplatz war, dann war diese Maßnahme ohne Erfolg.</li> <li>3. Ein Anstieg des Niveaus der Arbeitslosenunterstützung um 10 vH führt zu 2 Tagen zusätzlicher Arbeitslosigkeit.</li> </ol>	Die Analyse vergleicht Teilnehmer am „Trade Adjustment Assistance“-Programm mit einer Stichprobe von Arbeitslosen, die die übliche Arbeitslosenunterstützung bekamen. Es wurden keine Änderungen der Arbeitslosenunterstützung direkt getestet.

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
40. Laurence	1991	Charakteristika von Firmen, die durch das amerikanische System der Arbeitslosenversicherung quersubventioniert werden.	Tabellarische und Regressionsanalyse.	Das „experience rating“ der Vereinigten Staaten ist unvollkommen, da es Maxima und Minima der Steuersätze definiert. Das Ergebnis ist eine Quersubventionierung jener Firmen, die viel und oft entlassen. Wichtige Determinanten (unter den Firmeneigenschaften), die das Ausmaß der Quersubventionen bestimmen, sind die Industriezugehörigkeit und das Alter der Firma: Die „mittelalten“ Firmen werden von den jungen (!) und von den alten Firmen subventioniert.	
41. Hunter	1990	Auswirkungen der amerikanischen Arbeitslosenversicherung auf – die Dauer der Arbeitslosigkeit und – die Löhne nach der Arbeitslosigkeit	Regressionsanalyse (Hazard-Raten-Modell und OLS).	– Ein Anstieg der Arbeitslosenunterstützung um 9,7 vH ( $\equiv 10\$$ ) erhöht die Dauer der Arbeitslosigkeit um 1,3 vH ( $\equiv 0,45$ Wochen). D.h. die entsprechende Elastizität ist $\epsilon = 0,134$ . – Der Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf die „Löhne danach“ ist sehr gering.	

42. Katz und Meyer	1990	Einfluß der Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf die Arbeitslosigkeit.	Beschreibende Statistik; Hazard-Raten-Modellschätzungen; Simulationsmodell.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Beziehung von Arbeitslosenunterstützung weisen eine deutliche „escape rate“ aus der Arbeitslosigkeit auf; bei der Vergleichsgruppe derjenigen, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen ist dies nicht der Fall.</li> <li>2. Eine zusätzliche Woche Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erhöht die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit um knapp 0,2 Wochen.</li> </ol>	Das unter 1. genannte Ergebnis erscheint auf den ersten Blick unsinnig. Doch ist vermutlich ein Selektionsproblem ausschlaggebend.
--------------------	------	---	---	--	--

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
43. Burgess und Kingston	1987	Anreizeffekte des amerikanischen Systems der Arbeitslosenunterstützung.	Historisierende Analyse; tabellarische Auswertungen.	<p>Die Arbeitslosenversicherung zahlt durchweg (in einigen Staaten sehr viel) zu viel. Gründe dafür sind unter anderem:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Komplexität des Systems.</li> <li>2. Adverse Anreize für Teilnehmer am System.</li> <li>3. Mangelnde Kontrollmöglichkeiten bezüglich der „Eligibilität“.</li> <li>4. Die Systeme der Einzelstaaten werden durch die „Prozeduren“ der Finanzierung der Bundesverwaltung gestört.</li> <li>5. Die Bundesaufsicht („performance criteria“) vernachlässigt viele Qualitätsaspekte indem sie z.B. die Schnelligkeit der Zahlungen in den Vordergrund stellt.</li> <li>6. Die einzelnen Staaten ermuntern „typischerweise“ Unberechtigte dazu, Anträge zu stellen.</li> <li>7. Arbeitgeber beteiligen sich nur an Gruppenaktionen (mit anderen Firmen) zur Programmkostensenkung. Für den einzelnen sind die steuerlichen Anreize dagegen gering.</li> </ol>	

44. Brown	1986	Auswirkungen des unvollständigen „experience rating“.	(Feldstein-)Firmenmodell vorübergehender Freisetzung (allerdings länger als bei	Die Unvollständigkeit des „experience rating“ führt — wegen der „dritten Säule“ des US-Systems (der Selbst-Finanzierung) — zu geringeren (und	Das Ergebnis ist bemerkenswert, weil das „experience rating“ die vorübergehenden Freisetzung reduzieren sollte.
Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Brown	1986		Feldstein); Daten für die Jahre 1971– 1980.	nicht höheren) langfristigen Freisetzung in den Perioden geringer Nachfrage.	Der analysierte Effekt liegt wohl darin begründet, daß unvollständiges „experience rating“ (wegen des Erfordernisses der Selbst-Finanzierung) zu „multiplen Steuersätzen“ führt, die mit kräftigen Verzögerungen (zwei Jahre und länger) einhergehen.
45. Kingston, Burgess und Louis	1986	Überhöhte Zahlungen von Arbeitslosengeld und die Gründe dafür.	Tabellarische Auswertung für fünf US-Bundesstaaten für die Jahre 1981/82 ; Datenbasis: das US-RA Programm (US-Random Audit).	Durchschnittlich 26 vH der Dauer des Bezugs von Arbeitslosenunterstützung beruht auf „Zahlungsfehlern“ (bei einer Bandbreite zwischen 12 und 52 vH). In jedem Staat überwogen Überzahlungen deutlich die „Unterzahlungen“. Die Hauptursache waren „nicht-adäquate Anstrengungen bei der Arbeitssuche“.	Einfacher formuliert besagt die Analyse: Das Arbeitslosengeld in den USA dient zu 26 vH der Subventionierung von Muße.
46. Leigh	1986	Gibt es Rückwirkungen von der Dauer der Arbeitslosigkeit auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung?	Regressionsanalyse; Michigans PSID-Studie (Panel Study on Income Dynamics 1977).	Die Auswirkungen der Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit in intra-staatlichen Analysen wird (um 50 vH) überschätzt, da es signifikante Rückwirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Arbeitslosenunterstützung gibt.	Es handelt sich um eine politökonomische Fragestellung, da eine — im US-Sinne — “liberale“ Wählerschaft auf großzügigere Arbeitslosenunterstützung dringt, wenn die Arbeitslosigkeit steigt.

47. Louis, Burgess und Kingston	1986	Kann man empirischen Daten über die Arbeitssuche trauen?	Basisdatenanalyse; Regressionen.	Die Selbstauskünfte über die Intensität der Arbeitssuche weichen von der Wirklichkeit kräftig ab [die berichtete Häufigkeit liegt um durchschnittlich 47 vH über der tatsächlichen; besondere Abweichungen gab es bei den Auskünften von arbeitslosen Frauen, von 16 – 24 jährigen und von „Langzeit-arbeitslosen“ (über 20 Wochen)].	Die Struktureffekte der Falschangaben sind vermutlich in empirischen Analysen kaum zu beheben. Arbeitsmarktdaten sollten nicht auf Selbstangaben allein beruhen, sondern systematisch und unabhängig überprüft werden.
---------------------------------	------	--	----------------------------------	---	--

Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
48. Oswald	1986	Unter anderem: Warum gibt es so selten eine private Arbeitslosenversicherung?	Modellanalyse (mit asymmetrischer Information).	(Die meist stattfindenden) Entlassungen nach Seniorität isolieren die Mehrheit der Beschäftigten von den Auswirkungen von Nachfrageschwankungen auf den Gütermärkten; das senkt die Anreize der Arbeitnehmer, eine Arbeitslosenversicherung abzuschließen.	Die Senioritäts-Hypothese erklärt möglicherweise besser als die alternative Hypothese der „Arbeitslosigkeit durch Zufall“.
49. Smyth	1986	Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung auf das Arbeitsangebot und die Nachfrage nach Arbeit.	Ein „modifiziertes Rosen/Quandt-Modell“ (ein Ungleichgewichts-Modell) wird mit Daten der Jahre 1948 bis 1977 gerechnet.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Netto-Reallohn beeinflusst das Arbeitsangebot signifikant positiv.</li> <li>2. Die Arbeitslosenunterstützung beeinflusst das Arbeitsangebot signifikant negativ.</li> <li>3. Die Arbeitslosen-Steuer senkt signifikant die Nachfrage nach Arbeit, hat aber weniger Bedeutung für das Ausmaß der Arbeitslosigkeit als die Arbeitslosenunterstützung.</li> </ol>	Das Ergebnis impliziert, daß die oft im Mittelpunkt von Arbeitsmarktanalysen stehende „Lohnersatzrate“ ein unzureichender Indikator ist, weil er aus zwei für die Arbeitslosigkeit selbständig relevanten Größen, dem Reallohn und der Arbeitslosenunterstützung, zusammengesetzt ist.

50. Capen, Cohn und Ellson	1985	Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf das Arbeitsangebot.	OLS-Regressionen; 1976 -Panel-Daten.	Arbeitslosenunterstützung verringerte die Anzahl der von den Empfängern im Jahre 1976 gearbeiteten Wochen im Durchschnitt um 2,1 Wochen.	Der Vorteil der Studie liegt in dem Vergleich zwischen den Kohorten „Empfänger von Arbeitslosenunterstützung“ und den „Arbeitslosen, die keine Arbeitslosenunterstützung empfangen“.
51. Moffit	1985(a)	Auswirkungen der Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf die Länge der Arbeitslosigkeit, und zwar in bezug auf die Arbeitslosigkeitsdauer und auf die Nichtarbeits-Dauer (≡ Arbeitsneigung).	Statistische Tabellen und Regressionen.	1 Woche an zusätzlichem Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung bewirkt – eine im Durchschnitt um 0,3 Wochen (Männer) und um 0,24 Wochen (Frauen) längere Arbeitsuche; – eine um 0,5 Wochen (Männer) und um 0,7 Wochen ((Frauen) längere Nichtarbeits-Dauer.	
52.					
Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
52. Moffit	1985(b)	Arbeitslosenversicherung und die Verteilung der Phasen der Arbeitslosigkeit.	Regressionsanalyse; Hazard-Raten-Modell.	1. Eine um 10 vH höhere Arbeitslosenunterstützung führt zu 0,5 Wochen mehr Ansprüchen auf Arbeitslosenunterstützung. 2. Ein um eine Woche verlängerter Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlängert die Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung um 0,15 Wochen.	

53. Topel	1985	Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitslosigkeit.	„Empirisches Modell“, das sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite erfaßt.	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mindestens ein Drittel der Arbeitslosigkeit („unemployment spells“) unter Vollzeitbeschäftigten ist der Arbeitslosenversicherung zuzurechnen. Die „Guesstimates“ von Hamermesh (1981) und Feldstein (1975) kommen nur auf eine halb so große Wirkung.</li> <li>2. Die Anreize, die von der Arbeitslosenversicherung auf vorübergehende Freisetzungen ausgehen, sind besonders stark ausgeprägt.</li> <li>3. Die Arbeitslosenquote würde um einen Prozentpunkt sinken, wenn die mittels unvollkommenen „experience rating“ erhaltenen Subventionen abgebaut würden.</li> </ol>	Das Argument des Autors, daß (vermutlich) der Eintritt in die Arbeitslosigkeit, etwa durch Freisetzungen, wichtiger ist als der Austritt aus der Arbeitslosigkeit, der oft erforscht wird (Hazard-Raten-Modell), scheint bedeutsam.
54. Rosen	1983	Implikationen einer Absicherung gegen diversifizierbare und nicht-diversifizierbare Beschäftigungsrisiken.	Gleichgewichtsmodell-Analyse mit Vollbeschäftigungs-Versicherungen für diversifizierbare Risiken. Nicht-diversifizierbare Risiken	Ein Anstieg des diversifizierbaren Risikos hat einen positiven gesellschaftlichen Wert; ein Anstieg des nicht-diversifizierbaren Risikos hat einen negativen Wert, da es den Lebenszeit-Konsum verringert.	Die empirische Relevanz des Modells wird nicht getestet. Die Argumentation ist nicht sehr deutlich.
Autor	Erscheinungsjahr	Fragestellung	Methode	Ergebnis	Kommentar
noch Rosen	1983		(Makro~) werden durch Selbstversicherung (= Risikofall-Sparen) gelöst.		



55. Grubel und Walker	1978	„moral hazard“ in der Arbeitslosenversicherung.	Quantifizierung des „moral hazard“ anhand von Beispiels-Tabellen.	<p>Jede Versicherung produziert zusätzliche Schadensfälle (<math>\equiv</math> Definition des „moral hazard“), weil sie die Kosten des Schadens senkt. Dies ist wegen der hohen Lohnersatzraten besonders bei der Arbeitslosenversicherung der Fall.</p> <p>Voraussetzung ist allerdings eine weitgehende Ambivalenz der Einkommensempfänger in bezug auf die Mittelherkunft; diese Ambivalenz hat wegen des Entstehens „paternalistischer Regierungen“ zugenommen.</p> <p>Eine Arbeitslosenversicherung erhöht die Arbeitslosigkeit auf 3 Arten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– „Faule“ werden ermutigt;</li> <li>– die Erwerbslosenquote steigt;</li> <li>– die Industriestruktur ändert sich zugunsten von saison- und konjunktur-empfindlichen Betrieben.</li> </ul>	Eine sehr brauchbare und klare Einführung in das Problem des „moral hazard“ — allgemein und am Beispiel der Arbeitslosenversicherung.
-----------------------	------	---	---	--	---

Quelle: Vgl. das Literaturverzeichnis.

## Literaturverzeichnis

- Acemoglu, D., und R. Shimer (2000). Productivity Gains from Unemployment Insurance. *European Economic Review* 44 (7): 1195–1224.
- Acemoglu, D., und Robert Shimer (1998). Efficient Unemployment Insurance. NBER Working Paper Series 6686. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Addison, J.T., und McKinley L. Blackburn (2000). The Effects of Unemployment Insurance on Postunemployment Earnings. *Labour Economic: An International Journal* 7 (1): 21–53.
- Alvarez, G., und M. Veracierto (1998). Search, Self-Insurance and Job-Security Provisions. Working Paper Series 98,2. Research Department, Federal Reserve Bank of Chicago. Chicago.
- Anderson, P.M. (1991). *An Empirical Analysis of the Incentive Effects of the US Unemployment Insurance System*. Princeton.
- Anderson, P.M., und B.D. Meyer (1998). Using a Natural Experiment to Estimate the Effects of the Unemployment Insurance Payroll Tax on Wages, Employment, Claims, and Denials. NBER Working Paper Series 6808. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Anderson, P.M., und B.D. Meyer (1997). The Effects of Firm Specific Taxes and Government Mandates with an Application to the US Unemployment Insurance Program. *Journal of Public Economics* 65 (2): 119–145.
- Anderson, P.M., und B.D. Meyer (1997). Unemployment Insurance Takeup Rates and the After-tax Value of Benefits. *The Quarterly Journal of Economics* 112 (3): 913–937.
- Anderson, P.M., und B.D. Meyer (1995). The Incidence of a Firm-Varying Payroll Tax: The Case of Unemployment Insurance. NBER Working Paper Series 5201. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Anderson P.M., und B.D. Meyer (1994). The Effects of Unemployment Insurance Taxes and Benefits on Layoffs Using Firm and Individual Data. NBER Working Paper Series 4960. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Anderson, P.M., und B.D. Meyer (1994). Unemployment Insurance Benefits and Takeup Rates. NBER Working Paper Series 4787. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.

- Anderson P.M., und B.D. Meyer (1993). Unemployment Insurance in the United States: Layoff incentives and Cross Subsidies. *Journal of Labor Economics* 11 (1): 70–95.
- Ashenfelter, O., D. Ashmore und O. Deschênes (1999). Do Unemployment Insurance Recipients Actively Seek Work?: Randomized Trails in Four U.S. States. NBER Working Paper Series 6982. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Baicker, K., C. Goldin und L.F. Katz (1997). A Distinctive System: Origins and Impact of U.S. Unemployment Compensation. NBER Working Paper Series 5889. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Betcherman, G., und N. Leckie (1995). Employer Responses to UI Experience Rating: Evidence from Canadian and American Establishments. In: Human Resources Development Canada (Hrsg.). Ottawa, Canada.
- Blakemore, A.E., P.L. Burgess, S.A. Low und R.D. St. Louis (1996). Employer Tax Evasion in the Unemployment Insurance Program. *Journal of Labor Economics* 14 (2): 210–230.
- Black, D.A., J.A. Smith, M.C. Berger, und B.J. Noel (1999). Is the Threat of Training More Effective Than Training Itself? Experimental Evidence from the US System. Mimeo.
- Blank, R. (1994). Does Larger Social Safty Net Mean Less Economic Flexibility? In R.B. Freeman (Hrsg.), *Working under Different Rules*. New York.
- Brechling, F., und L. Laurence (1995). *Permanent Job Loss and the US System of Financing Unemployment Insurance*. Kalamazoo, Mich.
- Brown, E.P. (1986). Unemployment Insurance Taxes and Cyclical Layoff Incentives. *Journal of Labor Economics* 4 (1): 50–65.
- Burgess, P.L., und S.A. Low (1992). Unemployment Insurance and Employer Layoffs. U.S. Department of Labor. Unemployment Insurance Occasional Paper 93–1. Washington, DC.
- Burgess, P.L., und J.L. Kingston (1987). An Incentives Approach to Improving the Unemployment Compensation System. Kalamazoo, Mich.
- Business Matters (2000). National Insurance Contributions. [www.business.knowledge.com](http://www.business.knowledge.com)
- Cahuc, P., und E. Lehmann (2000). Should Unemployment Benefits Decrease with the Unemployment Spell? *Journal of Public Economics* 77 (1): 135–153.

- Capen, M.M., E. Cohn, und R. Ellson (1985). Labor Supply Effects of Unemployment Insurance Benefits. *Applied Economics* 17: 73–85.
- Card, D., und P.B. Levine (1998). Extended Benefits and the Duration of UI Spells: Evidence from the New Jersey Extended Benefits Program. NBER Working Paper Series 6714. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Card, D., und P.B. Levine (1994). Unemployment Insurance Taxes and the Cyclical and Seasonal Properties of Unemployment. *Journal of Public Economics* 53 (1): 1–29.
- Cook, Z.L. (1997). Temporary Layoffs in the US Unemployment Insurance System: A Comparison of two Experience Rating Methods. *The Quarterly Review of Economics and Finance* 37 (4): 823–841.
- Cook, Z.L. (1992). Experience Rating Methods in US Unemployment Insurance. George Washington University. Washington.
- Decker, P.T. (1997). Work Incentives and Disincentives. In: C.J. O’Leary and S.A. Wandner (eds.). *Unemployment Insurance in the United States. Analysis of Policy Issues*. Kalamazoo: 285–320 .
- Engberg, J.B. (1991). *Structural Estimation of the Impact of Unemployment Benefits on Job search*. Wisconsin.
- ERSEP (Electronic Retrieval System on Employment Policies) (1999). Basisinfor-mationsbericht Vereinigtes Königreich (erstellt im Auftrag der Europäischen Kommission). [www.ias.berlin.de](http://www.ias.berlin.de) (vom 28.08.2000).
- Genosko, J., G. Hirte und R. Weber (1999). „Quersubventionierung in der Arbeitslosenversicherung“. *Wirtschaftsdienst* 79 (1):44–49.
- Glismann, H.H., und K. Schrader (2000). Zur Reform der deutschen Arbeitslosenversicherung — Probleme und Lösungsansätze in der deutschen Literatur. Kieler Arbeitspapier 995. Institut für Weltwirtschaft. Kiel.
- Grais, B. (1983). Lay-offs and Short-time Working in Selected OECD Countries. Paris.
- Gritz, R.M., und T. MaCurdy (1997). Measuring the Influence of Unemployment Insurance on Unemployment Experiences. *Journal of Business & Economic Statistics: A Publication of the American Statistical Association* 15 (2): 130–152.

- Grubel, H.G., und M.A. Walker (1978). Moral Hazard, Unemployment Insurance and the Rate of Unemployment. *Unemployment Insurance — Global Evidence of its Effects on Unemployment. Proceedings of an International Conference held in Vancouver, British Columbia* . Canada.
- Gruber, J., und J.B. Cullen (1996). Spousal Labor Supply as Insurance: Does Unemployment Insurance Crowd Out the Added Worker Effect? NBER Working Paper Series 5608. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Gustavson, C.K., und P.B. Levine (1998). Less-Skilled Workers, Welfare Reform, and the Unemployment Insurance System. NBER Working Paper Series 6489. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Hopenhayn, H.A., und J.P. Nicolini (1996). Optimal Unemployment Insurance. Working Paper 421. Center for Economic Research. Rochester.
- Hotchkiss, J.L., und R.E. Moore (1994). The Relative Effects of Unemployment Insurance Parameters on Transitional Labor Supply Decisions. *Eastern Economic Journal* 20 (1): 21–32.
- Hunter, G.C. (1990). *An Empirical Investigation of the Impact of Unemployment Insurance on Unemployment Duration and Wages Following Unemployment*.
- Kaiser, C.P. (1987). Layoffs, Average Hours, and Unemployment Insurance in U.S. Manufacturing Industries. *Quarterly Review of Economics and Business* 27 (4): 80–99.
- Katz, L.F., und B.D. Meyer (1990). The Impact of the Potential Duration of Unemployment Benefits on the Duration of Unemployment . *Journal of Public Economics* 41 (1): 45–72.
- Kingston, J.L., P.L. Burgess, und R.D. St. Louis (1986). Unemployment Insurance Overpayments: Evidence and Implications. *Industrial and Labor Relations Review* 39 (3): 323–336.
- Kleinert, J., A. Schimmelpfennig, K. Schrader, und J. Stehn (2000). Globalisierung, Strukturwandel und Beschäftigung. Kieler Studien 308. Tübingen.
- Laurence, L. (1993). How Large are the Subsidies Provided by the System of Financing Unemployment Insurance? *The Quarterly Review of Economics and Finance* 33 (3): 233–245.
- Laurence, L. (1991). How Do Firms Characteristics Affect the Subsidies Provided by the Unemployment Insurance System? *Applied Economics* 23: 1529–1534.

- Layard, R. S. Nickell, and R. Jackman (1991). *Unemployment: Macroeconomic Performance and the Labour Market*. Oxford.
- Legal Information Institute (LII, 2000). Federal Unemployment Tax Act — US Code. Title 26, Chapter 23. <http://lii.warwick.ac.uk/uscode>
- Leigh, J.P. (1986). Unemployment Insurance and the Duration of Unemployment: The Case for Reciprocal Effects. *Journal of Post Keynesian Economics* 8: 387–399.
- Louis, R.D., P.L. Burgess, and J.L. Kingston (1986). Reported vs. Actual Jobsearch by Unemployment Insurance Claimants. *The Journal of Human Resources* 21: 92–117.
- Marimon, R., and F. Zilibotti (1997). Unemployment Versus Mismatch of Talents: Reconsidering Unemployment Benefits. Discussion Paper Series 1769. Centre for Economic Policy Research. London.
- McCall, B.P. (1996). Unemployment Insurance Rules, Joblessness, and Part-Time Work. *Econometrica* 64 (3): 647–682.
- Meyer, B.D. (1996). What Have We Learned from the Illinois Reemployment Bonus Experiment? *Journal of Labor Economics* 14 (1): 26–51.
- Meyer, B.D. (1995). Lessons from the US Unemployment Insurance Experiments. *The Journal of Economic Literature* 33 (1): 91–131.
- Meyer, B.D. (1992). Policy Lessons from the US Unemployment Insurance Experiments. NBER Working Paper Series 4197. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Meyer, B.D., and Dan T. Rosenbaum (1996). Repeat Use of Unemployment Insurance. NBER Working Paper 5423. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Moffit, R. (1985a). The Effect of the Duration of Unemployment Benefits on Work Incentives: An Analysis of Four Data Sets. Unemployment Insurance Occasional Paper 83–4. Department of Labor.
- Moffit, R. (1985b). Unemployment Insurance and the Distribution of Unemployment Spells. *Journal of Econometrics* 28 (1): 85–101.
- Moomaw, R.L. (1998). Experience Rating and the Generosity of Unemployment insurance: Effects on County and Metropolitan Unemployment Rates. *Journal of Labor Research* 19 (3): 543–560.

- New York State Department of Labor (1990). *A History of Unemployment Insurance Legislation in the United States and New York State 1935 – 1989*. Publikation B-244. New York.
- OECD (Organisation for Economic Co-operations and Development) (1997). *The OECD Jobs Strategy: Making Work Pay: Taxation, Benefits, Employment, and Unemployment*. Paris.
- OECD (Organisation for Economic Co-operations and Development) (1999). *Benefit Systems and Work Incentives*. Paris.
- O’Leary, C.J., und S.A. Wandner Hrg. (1997). *Unemployment Insurance in the United States. Analysis of Policy Issues*. Kalamazoo, Mich.
- Osberg, L., R. Apostle und D. Clairmont (1986). The Incidence and Duration of Individual Unemployment: Supply Side or Demand Side? *Cambridge Journal of Economics* 10 (1): 13–33.
- Oswald, A.J. (1986). Unemployment Insurance and Labor Contracts under Asymmetric Information: Theory and Facts. *The American Economic Review* 76 (3): 365–377.
- Phipps, S.A. (1993). Does Unemployment Insurance Increase Unemployment? *Canadian Business Economics* 1 (3): 37–50.
- Riso, G.R. und W.L. Kendig (1987). Reducing Unemployment Compensation Costs. *The Government Accountants Journal* 36 (1): 37–42.
- Rosen, S. (1983). *Unemployment and Insurance*. NBER Working Paper Series 1095. National Bureau of Economic Research, Inc. Cambridge, Mass.
- Smyth, D.J. (1986). Unemployment Insurance and Labor Supply and Demand. A Time Series Analysis for the United States. *Economics Letters* 21: 379–383.
- Topel, R.H. (1985). Unemployment and Unemployment Insurance. *Research in Labor Economics* 7: 91–135.
- Topel, R.H. (1983). On Layoffs and Unemployment Insurance. *American Economic Review* 73 (4): 541–59.
- USGAO (United States General Accounting Office) (1993). *Unemployment Insurance: Program's Ability to Meet Objectives Jeopardized; Report to the Chairman. Senate Committee on Finance, US Senate., United States General Accounting Office*. Washington, DC.

Wang, C., und S. Williamson (1996). Unemployment Insurance with Moral Hazard in a Dynamic Economy. *Carnegie-Rochester Conference Series on public Policy: A Bi-Annual Conference Proceeding* 44: 1–41.

Woodbury, S.A., und M.A. Rubin (1997). The Duration of Benefits. In: O’Leary et al., *Unemployment Insurance in the United States: Analysis of Policies Issues*. W.E. Upjohn Institute for Employment Research. Kalamazoo, Mich., 285–320.